

Danziger Zeitung

Westpreussisches Volksblatt Danziger Volksblatt

Anzeiger für den Freistaat Danzig
Pommern und die östlichen Gebiete

mit den Beilagen: „Krenz und Krone“, „Literatur, Kunst und Wissenschaft“, „Der Rechtsfreund“, „Seemannslänge“, „Die Welt der Frau“, „Kinderzeitung“, „Wochenend und Ferien“.

Anzeigenpreise und -bedinungen: Die einseitige Wochensatzzeile (31 mm breit) oder deren Raum im Anzeigenpreis 10 Pf., im Restanpreis 8 Pf. (50 Pf. Auslandspresse, Verlag und Abnahme nach Tarif. Auf amtliche Anzeigen kein Rabatt. Platz- u. Terminveränderungen sowie teleph. Bestellungen und Abbestellungen sind ohne jede Verbindlichkeit. Für Fehler infolge unvollständiger Angaben oder tel. Aufträge keine Gewähr. Bei verspäteter Zahlung, Konturen, Vergleichen und gerichtl. Verurteilungen kein Rabatt. Gerichtsstand Danzig. Telegr.-Adresse: Danziger Zeitung Danzig.

Danzig sucht eine Basis der Verständigung mit Polen

Die Danzig-polnischen Abmachungen vom 5. August.

Die Ausführungen des Präsidenten des Senats Dr. Kaufmning

Auf der Tagesordnung der gestrigen Volkstags-sitzung, die gegen 4 Uhr nachmittags von dem Präsidenten des Volkstages von Wund eröffnet wurde, stand nur ein Punkt: Abgabe einer Erklärung des Senats zur außenpolitischen Lage. Aber gerade diese Frage war von denkbar größtem Interesse. Das fand auch seinen Ausdruck in der starken Beteiligung aller Abgeordneter an der Sitzung, in der Ueberfüllung der Tribünen und in der Anwesenheit hoher Gäste. So bemerkte man u. a. in der Diplomatenloge neben Frau Präsident Dr. Kaufmning, den Hohen Kommissar des Völkerbundes, den Rosting und Gemahlin, den deutschen General-Konful Freiherrn von Therman und noch eine ganze Reihe anderer Konfuln und ihrer Stellvertreter. Auch die Regierungsbank war stark besetzt. Man bemerkte fast alle Senatoren und den größten Teil ihrer Referenten. Volkstagspräsident von Wund erteilte sofort nach der Eröffnung dem Präsidenten des Senats, Dr. Kaufmning, das Wort zu seinen außenpolitischen Ausführungen, die mit großer Spannung angehört wurden und denen man auch an einzelnen Stellen von nationalsozialistischer Seite applaudierte.

Der Präsident des Senats, Dr. Kaufmning

führte folgendes aus:
„Wir stehen vor einer Wendung von geschichtlicher Bedeutung in der Politik Danzigs. Ich habe die Genugtuung, Ihnen mitteilen zu können, daß es nach verhältnismäßig kurzfristigen Verhandlungen möglich geworden ist, in einer am 5. August unterzeichneten Vereinbarung und in mehreren Briefwechseln für eine Reihe von strittigen Fragen zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen

eine Basis der Verständigung

zu finden. Wenn es sich auch zunächst nur um ein vorläufiges Arrangement handelt, dessen Schlußstein erst am 15. September gelegt werden soll und das in seiner Dauer durch die Möglichkeit gewisser praktischer Ausgestaltungen bestimmt wird, so ist dies doch als ein Ereignis von grundsätzlicher Bedeutung zu werten, das in seinem Wert nicht auf die beiden vertragschließenden Länder allein beschränkt ist.

Es ist hier erstmalig gelungen, unter tätiger Mitwirkung des Hohen Kommissars des Völkerbundes schwebende Streitfragen außerhalb der schwierigen Rechtslage in einem unmittelbaren Verständigungsakt der Beteiligten auf dem Boden praktischer Arbeitsleistung und gegenseitiger Anerkennung zu lösen.

Die Beziehungen der Freien Stadt zu Polen hatten in den letzten Jahren eine wachsende Verschlechterung erfahren, so daß die Atmosphäre des Mißtrauens und ständigen Erregung unvermeidlich eine Katastrophe herbeiführen schien. Eine solche hätte aber leicht ein Ausmaß annehmen können, das unabsehbare Schäden für die Ruhe und Sicherheit aller Nationen zur Folge gehabt hätte. Noch vor der Regierungsübernahme hat daher die nationalsozialistische Bewegung als Trägerin des neuen Volkswillens und der kommenden staatlichen Politik unzweifelhaft

ihren Friedenswillen und die Bereitschaft zu einer weitgehenden Vereinigung aller angeklammerten Fragen befundet.

Eine Entspannung der Lage

Die neue Regierung sah dann folgerichtig als ihre unaufschiebbare Aufgabe, mit der Republik Polen nicht nur baldmöglichst zu einer Entspannung der Lage, sondern darüber hinaus zu einer politisch wie wirtschaftlich notwendigen Zusammenarbeit zu kommen. Diesem Ziel galt der Warschauer Besuch als Ausfluß unmittelbarer Verhandlungen. Wenn es trotz der Fülle der strittigen Fragen und dem beiderseitigen starken Mißtrauen nach wenigen Wochen gelang, wenigstens einige Fragen, darunter eine solche Kardinalfrage wie die Ausnutzung des Danziger Hafens, einem Ausgleich entgegenzubringen, so konnte dies nur dem beiderseitigen Wunsche verdankt werden, aus der Situation der beiden Staaten, die nicht nur durch besondere Verträge, sondern auch durch die geographische Lage miteinander verknüpft sind.

die einzig mögliche Folgerung verständnisvollen Zusammenlebens für die Zukunft zu ziehen.
Wenn ich Sie, meine Herren, gebeten habe, schon jetzt, wo nur der Vorvertrag geschlossen wurde, Kenntnis von dem Stand der Verhandlungen und dem Verhältnis zu unserer Nachbarrepublik Polen zu nehmen, so geschieht dies zunächst deshalb, weil es gilt, in der Danziger Öffentlichkeit eine gewisse Beunruhigung zu beseitigen, daß der Senat beabsichtige, lebenswichtige Rechte der Freien Stadt preiszugeben, ohne daß die Aussicht bestünde, gleichwertige Erleichterungen auch ihrerseits entgegennehmen zu können.

In dieser Beziehung wird es meine Pflicht sein, Ihnen die inneren Beziehungen der einzelnen Fragekreise darzulegen, um den Nachweis zu erbringen, daß der Senat an die schwebenden Streitfälle nicht herangang, um nur in Teilfragen ein Kompromiß zu schließen, Verträge, die bisher von allen Danziger Regierungen unternommen wurden und bemerkenswerter Weise immer gescheitert sind, sondern daß hier

auf bisher nicht versuchter Grundlage das Wagnis einer Gesamtvereinbarung, zu der wir uns bei Regierungsantritt bekannten, gemacht werden sollte, und daß daher die Verhandlungen auch nur zu einem Ziel kommen können, wenn dieser Charakter der Gesamtvereinbarung für die Zukunft gewahrt bleibt.
Wir kommen hiermit aus der Atmosphäre der Wahrung von Rechtsstandpunkten und der juristischen Gutachten heraus in den praktischen Alltag der wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten.

Die Möglichkeit einer Revision auch für andere Völker

In diesem Sinne sehe ich in der Tatsache einer aufrichtigen und gerechten Vereinigung der Danzig-polnischen Lebensbeziehungen die Möglichkeit einer Revision der Beziehungen der großen Nachbarvölker Mittel- und Osteuropas auf dem Boden eines neuen Rechtsgrundgesetzes.

Ich sehe in dem, was der Senat im vollen Bewußtsein der vollen Bedeutung des von ihm zugesicherten in der Frage des Artikels 33 paragrafiert hat, die Voraussetzung solcher neuen Beziehungen, die einen Geist der Gerechtigkeit und gegenseitigen Achtung bedingen. Eine solche, die Grundlage des staatlichen Lebens beeinflussende Verständigung ist aber nur möglich, wenn sie einem aufrichtigen Willen beider Vertragschließender entspringt und keine inneren Vorbehalte in irgendeiner Richtung zeigt.

Verträge, die unter einer reservatio mentalis geschlossen werden, können für keinen der Vertragschließenden von dauerndem Erfolg sein.

Wir müssen uns auch in den Beziehungen der Staaten zueinander zu dem Grundsatz des königlichen Kaufmanns zurückfinden.

Es ist nicht das erste Mal, daß in der Geschichte der Beziehungen der Freien Stadt Danzig zu Polen versucht wurde, Danzig-polnische Streitfragen unter Weidung des Genfer Forums durch unmittelbare Verhandlungen zu liquidieren. In den Jahren 1926/28 hat eine Regierung, deren Politik wir übrigens verurteilen, sich ernstlich bemüht, in der Linie der Streifemännchen Politik eine Verständigung mit Polen zu erzielen. Diese Politik ist gescheitert. Sie mußte es, weil ihr die materiellen Grundlagen, aber auch die geistigen Voraussetzungen einer Verständigung fehlten.

Völker können sich nur auf die Dauer verständigen, wenn sie ihre Politik wenigstens in einigen Punkten auf denselben Renner bringen können.

Ein international-liberalistisch regiertes deutsches Volk hat mit einem aus einer leidenschaftlichen nationalen Wiedergeburt zusammengewachsenen politischen Volk nichts gemein. So mußten auch die weiteren Bemühungen Danzigs, zu einem Ausgleich zu kommen, ergebnislos sein und Prolla-

Ich will dabei nicht so weit gehen, die bisherige Tätigkeit der Gutachter und Schlichter gering zu achten. Ich betenne vielmehr, daß der Versuch einer praktischen Lösung der schwebenden Fragen überhaupt erst erörterungsfähig geworden ist durch die vorausgegangene Arbeit einer Klärung der Rechtsverhältnisse.

und es ist mir in diesem Zusammenhang ein Bedürfnis, für den Kampf um die Unabhängigkeit und die Selbstständigkeit der Freien Stadt, der unter den früheren Regierungen gekämpft wurde, diesen den gebührenden Dank auszusprechen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch die guten Dienste nicht unerwähnt lassen, die der Hobe Kommissar, unter dessen Aufsicht die Verhandlungen stattfanden, in der Bereinigung der Atmosphäre, wie in der Vorbereitung und Abhaltung der Verhandlungen geleistet hat. Ohne seine tatkräftige und elastische Beratung und Förderung hätte ein so schneller Erfolg nicht erzielt werden können. Es ist mir deshalb eine besondere Pflicht, dem Hohen Kommissar unseren Dank für seine Bemühungen abzustatten.

Ich habe des weiteren aber darüber Aufklärung zu geben, aus welcher politischen Gesamtzielsetzung der Senat an die Regelung des Verhältnisses mit der Republik Polen und damit an die Lösung der Einzelfragen herangegangen ist.

Bei allem Wunsch, zunächst einmal praktisch zu einem beiderseitigen Erfolg zu kommen, sind wir doch der Ueberzeugung, daß nunmehr die Gesamtlage Danzigs, im Großen gesehen, einer Entscheidung entgegensteht. Es ist in der Geschichte nicht selten, daß derartige Probleme, wie die der Existenz der Freien Stadt Danzig, die gleichsam Wunden in zwei Nachbarvölkern, offen halten, eine Revision des Verhältnisses beider beschleunigen und daher aus einer anfänglichen schweren Belastung gerade zu einem Garant des Friedens werden.

mation, wie die des 13. August v. J. mußten eine leere Geste bleiben. Wenn die nationale Regierung trotz den Gehiltslagen einer 13jährigen Politik abermals den Weg einer Verständigung suchte, so geschah dies aus der festen Ueberzeugung,

daß nunmehr dem nationalen Leben der beiden Völker gleichsam daselbe Vorzeichen voraufsteht.

Das national zu klaren Ziel wieder erstarkte deutsche Volk, das auch in Danzig neue Lebensformen gestaltet, wird sich in wesentlichen Aufgaben der äußeren und inneren Politik mit dem jungen Polen eins wissen können.

Erst derartige Gemeinsamkeiten aber machen Ver-luche selbst einfacher Verständigungsversuchen tragfähig. Immerhin lehrt jedoch die Praxis der Vergangenheit, daß eine Vorleistung eines Partners auch jetzt nicht in Frage kommen kann, daß am Anfang einer aufrichtigen Verständigung die gegenseitige Anerkennung des Lebensraumes und einer selbstständigen Lebensform stehen muß.

Wenn daher einmal das Wort von einem Separatismus Danzigs Polen gegenüber gefallen ist, so muß klar zum Ausdruck gebracht werden,

daß Danzig im Rahmen der Verträge nicht nur ein selbstständiger Staat mit dem Mitteln eigener Staats-souveränität ist, sondern daß auch trotz dem einheitlichen Zollgebiet eine völlige Anfügung der Danziger Wirtschaft mit der Polens nicht möglich ist. Eine solche würde die Grundlage des eigenen Lebensstandes, der eigenen Kultur und die Unantastbarkeit der selbstständigen Staatsführung zerstören.

Soweit daher Lösungsversuche bestehender Streitfälle an die selbstständigen Formen der Wirtschaftsführung und eine gewisse selbstständige Geschlossenheit des Danziger Wirtschaftsgebietes innerhalb der Zollunion rühren wollen, können sie zu keiner Verständigung führen. Es muß in diesem Punkte volle Klarheit herrschen. Wir beabsichtigen nicht, die bestehenden Grundlagen unserer Existenz anzufassen, aber wir vermögen andererseits auch nicht anzuerkennen, daß ein gewisser Schutz des eigenen Marktes und der einheimischen Erzeugung in dem Rahmen, den sich jede Stadt innerhalb eines nicht nur

Auch wir wollen Verständigung

Wer in der getrigen Volkstags-sitzung die Spannung miterleben durfte, die den außenpolitischen Erklärungen des Senats, vorgetragen durch seinen Präsidenten Dr. Kaufmning, vorausging und die während der langen Erklärung anhielt, wer Zeuge der sich allmählich geladenden Stimmung war, die an diesem Nachmittag die weite Halle des Volkstages erfüllte und der sich keiner der Anwesenden verschließen konnte, der muß sich des tiefen, verantwortungsbehafteten Ernstes bewußt geworden sein, was hier geschah und was noch geschehen wird. Hier ging es, wie jeder spürte und wie es auch deutlich genug in der einstimmigen Zustimmung der Volkstagsabgeordneten zu der Erklärung des Präsidenten zum Ausdruck kam, um das Schicksal Danzigs, um das Schicksal seines Lebens, seiner Menschen, seiner Kultur und seines Deutschtums. Hier ging es um das großartige Wagnis einer neuen von der Mehrheit des Volkes getragenen Regierung mit neuen Mitteln, unter neuen Ideen, auf neuen Wegen eine unerträglich und gefährlich gewordene Spannung zwischen zwei selbstständigen Staatsgebilden, die wirt-

Die Entschlieung des Volkstages Zu der außenpolitischen Erklärung des Senats

„Der Volkstag als Vertretung der Bevölkerung der Freien Stadt Danzig billigt die Erklärung des Senats. Er gibt dem Herrn Senatspräsidenten und dem Danziger Senat die Versicherung, daß die Danziger Bevölkerung mit Geschlossenheit sich hinter die weiteren Bemühungen zur Anbahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses und zur Herbeiführung eines politischen und wirtschaftlichen Friedens mit der Republik Polen stellt. Der Volkstag spricht dabei die Erwartung aus, daß Polen den berechtigten Danziger Interessen Rechnung trägt.“

schaftlich aufeinander angewiesen und vertraglich miteinander verknüpft sind, zu beseitigen oder zumindest um ein beträchtliches zu mildern. Und zwar um Danzig, wie es sich eigentlich von selbst versteht, vor einer letzten großen Katastrophe zu bewahren, die bei ihrem Ausbruch nur allzuleicht nicht nur für den Bestand der Freien Stadt Danzig, sondern auch für den Bestand seiner Kultur und seines Deutschtums gefährlich werden könnte.

Es versteht sich wohl von selbst, daß im Hinblick auf diese Lage und diese Begründung jede kleinliche Kritik, jedes allzu skeptische Verwahren gegenüber der Sache selbst schweigen muß. Auch wenn dies selbstverständlicherweise für einen, der bisher stets für Danzigs Bestand und Wohlergehen eingetreten ist, im Hinblick auf Einzelheiten der am 5. August getroffenen Abmachungen zwischen Danzig und Polen nicht ganz einfach ist. Zumal wenn man feststellt, daß die Danziger Regierung z. B. in der Schul- und Sprachenfrage weitläufig und hoffentlich auch weitgehend genug fast über die Grenze des Möglichen hinausging und im Interesse einer zukünftigen glücklicheren und beständigeren Entwicklung Danzigs und aus Achtung gegenüber fremden Volkstums den polnischen Wünschen weitgehend Rechnung trug. Oder wenn man feststellt, daß in der Schiffsfrage Danzigs, in der Frage der Ausnützung des Danziger Hafens durch Polen und der Konkurrenz Gdingens, von Danziger Seite eine Verständigung gesucht und geboten wird, die dem Grundsatz des königlichen Kaufmanns, der nun hoffentlich in der Zukunft auch eine Richtschnur für die Danzig-polnischen Beziehungen werden soll, voll und ganz gerecht wird. Wie gesagt, so schwer es gerade unter Berufung auf sein Verantwortungsgefühl gegenüber Danzig, unter Verächthaltung der in den letzten 14 Jahren gemachten Erfahrungen auch ist, den neuen Abmachungen reiflos und freudig beizustimmen, im Interesse der Gesamtheit muß alle kleinliche Kritik schweigen und im Interesse Danzigs muß alles daran gesetzt werden, mitzuwirken an einer erfreulichen Renaissance der Danzig-polnischen Beziehungen.

Es wird nun an Danzigs Partner, an Polen liegen, diesem letzten großen Versuch Danzigs, zu einer Danzig-polnischen Verständigung auf einer wirklich großzügigen Basis zu kommen, das von seiner Seite hinzuzufügen, was notwendig ist, um diesen Abmachungen und den Folgerungen, die sich daraus ergeben, jeden einseitigen Charakter zu nehmen. Was notwendig ist, um zu einer Verwirklichung des Geplanten und Erwarteten zu führen. Und zwar zum Teil und Segen für beide Staaten und für beide Völker. Aber freilich ohne jeden Vorbehalt, ohne Antäufung und Verleugung der Grundrechte, die der Freien Stadt Danzig zugesichert sind und die jeder Danziger heilig hält und bis zum Letzten verteidigen wird.

Denkt an das Danziger Notwert zur Behebung der Arbeitslosigkeit!

Wenn also jetzt Danzigs neuer Versuch zu einer endgültigen Vereinigung mit Polen zu gelangen, auf ein ebenso großzügiges und ehrliches Entgegenkommen Polens trifft, wenn es auf Grund der neuen Abmachungen wirklich zu einer Generalvereinigung aller Streitfragen zwischen beiden Völkern kommt, dann wird sicherlich auch der Appell an die Danziger Bevölkerung, zur Mitarbeit und zum Mitwirken, den Präsident Dr. Rauschnings in seinen gestrigen Ausführungen nicht vergaß, nicht erfolglos verhallen. Und dann werden zweifelsohne auch alle Kreise sich reiflos für das einsehen, was in ehrlischer Verständigung mit Polen zum Heile Danzigs und der Danziger notwendig ist.

Nationalsozialistische Uniformen für Vollziehungsbeamte verboten.

Berlin. Es sind Zweifel laut geworden, ob das Tragen von Braunkemden im Dienst durch Beamte, die nicht zum Tragen einer bestimmten Dienstkleidung verpflichtet sind, statthaft sei. In einem Rundschreiben weist der preussische Minister der Inneren darauf hin, daß hiergegen grundsätzlich keine Bedenken zu erheben sind, auch nicht für den Außendienst. Da jedoch neuerdings mit Uniformen oder Uniformteilen vielfach Mißbrauch getrieben wird, ist es den Vollziehungsbeamten, die keine Dienstkleidung tragen, verboten, ihren Dienst anders als in Zivilkleidung auszuüben.

Neues in Kürze

Reichskanzler Adolf Hitler empfing gestern nachmittag auf der Oberhofburg Reichswehrminister von Blomberg zu einer Besprechung.

Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Luther, ist gestern abend im Flugzeug aus Berlin kommend, auf dem Flugplatz Le Bourget bei Paris eingetroffen.

Zu den Entlassungen deutscher Bergarbeiter im Saar-gebiet wegen ihrer Beteiligung am deutschen Turnfest in Stuttgart erfahren wir von maßgebender Seite, daß die zuständigen Stellen der Reichsregierung mit der Nachprüfung der Angelegenheit beschäftigt sind.

Die internationale Anleihe der österreichischen Regierung wird am Bonner Markt in Höhe von 4514 200 Pfund Sterling ausgegeben werden. Die Ausgabe erfolgt in Form von 3 prozentigen Sterlingsbonds. Die britische Regierung übernimmt die Garantie für Kapital und Zinsen. Die Zeichnung beginnt und endet am Donnerstag, 10. August.

S. P. Morgan und Company teilt mit, daß die Firma das Programm des nationalen Wiederaufbaues unterzeichnet und damit die 40stündige Arbeitswoche sowie Minimallohnregelung von 15 Dollar eingeführt hat.

Die Staatsk. Pressestelle von Hamburg teilt mit, daß das Todesurteil gegen Wilhelm Solt, den Mörder des Polizeipräsidenten Stephan Koppa gestern morgen um 7 Uhr auf dem Hof des Untersuchungsgefängnisses vollstreckt worden ist.

Machado hat die Erklärung abgegeben, daß er entschlossen sei, an seinem Präsidentenamt festzuhalten.

Das Schwurgericht des Berliner Landgerichts verurteilte gestern im dem Prozeß wegen des kommunistischen Feuerüberfalles Kerber wegen versuchten Totschlages zu 10 Jahren Zuchthaus, den Angeklagten Klapper zu einem Jahre Gefängnis, die übrigen Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis.

Einem Aufruf des Ehrenpräsidenten der deutschen Beamtenenschaft streng folgend, hat die Beamtenabteilung der NSDAP innerhalb der gesamten Beamtenenschaft eine Sammlung für die „Opfer der Arbeit“ in die Wege geleitet.

Vor etwa 3 Wochen konnten bereits 150 000 RM. für die „Opfer der Arbeit“ abgeführt werden. Weitere 150 000 RM. sind gestern überwiesen worden.

Die Arbeiter Karl Diez und Anton Seifert aus Lauban, die beschuldigt waren, am 28. Juli d. J. in Pohlwalde bei Lauban die Hitler-Statue absichtlich umgeworfen zu haben, wurden gestern vom Obergericht zu je 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

In der vom Amtlichen Preussischen Pressedienst veröffentlichten Aufzählung der in der Liste der Reichsanwälte gelisteten Personen befindet sich auch der Name des ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Dr. Bernhard Weitz.

Wie das WZ-Büro meldet, ist im preuß. Kultusministerium zur Beratung in den Fragen des volkshochschulischen Bildungswesens ein beratender Ausschuss eingesetzt worden, in dem der Kultusminister durch einen ständigen Kommissar vertreten ist.

Bei einem heftigen Gewitter wurde in Gradow (Uckermark) ein Zweifelhäusersturm, das sich auf der Heimfahrt vom Alder befand und mit fünf Personen besetzt war, durch einen Blitzschlag getroffen. Der Zimmermann August Neumann und die beiden Pferde wurden sofort getötet, während drei weitere Personen schwere Verletzungen erlitten.

Die im kaiserlichen Krankenhaus von Bad Reichenhall wegen eines Nervenleidens befindliche 61jährige Gräfin Florence von Schwerin hat sich gestern in die Saalach gestürzt. Sie wurde bei Laufens-Oberndorf als Leiche geborgen und nach München überführt.

In Warschau ist der Allslawische Verband gegründet worden, der eine nähere Fühlung unter den slawischen Völkern auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet anstrebt. Die Satzungen sind von der Regierung bestätigt worden. In der Hauptversammlung wurden der Hauptvorstand, der Revisionsausschuss und die Vorsitzenden der einzelnen Sektionen gewählt. Vorsitzender des Hauptvorstandes ist Prof. T. Zielencki.

In Laurahütte (Ostoberschlesien) veranfaßte der halb-militärische Schützenverband einen Fackelzug. Danach wurde in einer Parkanlage ein großer Scheiterhaufen angezündet und nach einer Ansprache eine schwarz-weiß-rote Fahne verbrannt. Während der Männergesangsvereine von Laugharzen (Mielgebiet) Volkslieder übte, drangen Grenzpolizeibeamte in den Saal und unterlagten dieses. Damit ist der Männergesangsverein aufgelöst.

Die beiden polnischen Flieger Benjamin und C. A. R. Adamowicz sind Dienstag früh 5 Uhr 6 Ortszeit von Noworod nach Scharow Grace gestartet. Ueber dem Flughafen von Scharow Grace stürzten sie aber ab. Dabei sollen sich beide leichte Verletzungen zu.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist gestern um 20.10 Uhr in Pernambuco gelandet.

An der syrischen Grenze des Irak ist zwischen arabischen Christen, die erst vor kurzem nach Syrien gekommen sind, und der Grenzarmee des Irak ein schwerer Kampf ausgebrochen, bei dem die Soldaten des Irak 45 Tote und die Araber 95 Tote und zahlreiche Verwundete verloren haben. Die Kämpfe, die Ende voriger Woche außerordentlich heftig waren, werden auch jetzt noch fortgesetzt.

Danzig sucht eine Basis der Verständigung mit Polen

(Fortsetzung von der 1. Seite).

gemeinsamen Zollgebietes, sondern auch Staatsgebietes geben kann, eine Behinderung Polens in seinem Anspruch auf Danzig als einem freien ungehinderten Zugang zum Meere bedeutet.

In den national gemischten Siedlungsräumen Mittel-europas ist die Aufrechterhaltung eigener Wirtschaftsformen und eines selbständigen Lebensstandards die Voraussetzung der Erhaltung der einzelnen Volks-gemeinschaft.

Es sehr Danzig daher gewillt ist, eine dauernde Grundlage vertrauensvollen Zusammenlebens zu schaffen, so bestimmt muß doch auch auf die notwendigen Voraussetzungen der Selbsthaltung, eines kleinen Staats- und Volksgebietes gegenüber einem mächtvollen Staat, aufmerksam gemacht werden. Gelingt es nicht, einen Ausweg aus den Wirrnissen der Nachkriegszeit und dem Zusammenbruch aller Beziehungen zu finden, so ist nicht abzusehen, wie es vermieden werden könnte, in der Existenz Danzigs eine grundsätzliche Veränderung zu erstreben.

Es sind mir in dieser Beziehung

Befürchtungen entgegengebracht worden, die der Re-publik Polen die Vernichtung des Danziger Hafens und der eigenständigen Wirtschaft als unabwendbares Ziel unterlegen,

die behaupten, daß zwar die Methode der Politik wechseln möge, aber der Plan der wirtschaftlichen Ver-nichtung Danzigs nie aufgegeben werden könne. Es ist die Sorge vieler Kreise, daß Polen zwar im Danziger Handel treiben möchte, aber nicht mit den Danzigern. Es sei der fundamentale Irrtum in der Konstruktion der Freien Stadt, daß man übersehen habe, wie die frühere Blüte Danzigs als Hafen Polens auf seinem Stapelrecht beruhte, dem genauen Gegenteil der Wirtschaftspolitik, wie sie gegenwärtig Danzig gegenüber durchgeführt würde. Ich erörtere diese Vorwürfe in aller Freimütigkeit in der Annahme, daß allein auf solchem Boden freier Aussprache die gegenseitlichen Ziele gleich-gerichtet werden können.

Ich erwähne dies, um ein für allemal festzustellen, daß es nur zwei diskutierbare Wege für Danzig gibt: einen Ausgleich mit Polen zu suchen, der Danzig Lebens-raum und Selbständigkeit gibt, und ich sehe hier in der Be-friedigung der Danzig-polnischen Streitfälle eine Probe für einen Grundlag, der geeignet sein könnte, in die Politik des mitteleuropäischen Raumes eine neue Stetigkeit zu bringen. Im Rahmen einer solchen Politik kommt den Danziger An-gelegenheiten eine besondere symptomatische Bedeutung zu. Gelingt dies nicht, so sehe ich nur den zweiten Weg, der dem unzweifelhaft deutschen Charakter volle Rechnung trägt, näm-lich daß das Danziger Statut eine Abänderung erfährt.

(Wir setzen die Rede Dr. Rauschnings auf der 3. Seite der Beilage fort.)

Kein wahrer Friede ohne deutsche Gleichberechtigung

Rundfunkvortrag des Freiherrn von Rheinbaben.

Berlin. Staatssekretär a. D. Freiherr von Rheinbaben, der seit dem 2. Februar v. J. deutscher Delegierter bei den Abrüstungs-verhandlungen in Genf war, sprach Dienstag im Rundfunk über den Anspruch Deutschlands auf Gleich-berechtigung in der Wehrfrage unter dem Thema „Kein wahrer Friede ohne deutsche Gleichberechtigung“. Ein-leitend kennzeichnete der Redner die Bedeutung der deutschen Forderungen für die Zukunft des Reiches und die Herbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens in Europa.

Er gab dann einen Überblick über die gegenwärtige Lage in der Abrüstungsfrage und der außenpolitischen Entwicklung seit der Verjagung der Abrüstungskonferenz.

Am 11. Dezember v. J., so führte er aus, haben die Großmächte ausdrücklich die deutsche Grund-forderung nach Gleichberechtigung innerhalb eines Systems der Sicherheit anerkannt.

Dieses System von internationalen, den Völkerbundspakt ergänzenden Abmachungen ist unter aktiver Mitarbeit Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz so vervoll-kommet worden, daß es sichergestellt wurde, daß Frankreich nicht die Voraussetzung für die Verwirklichung der deut-schen Gleichberechtigung geleistet werden kann. Wenn Deutschland sich mit dem Verlangen nach qualitativer Gleichberechtigung begnügt und sogar darauf verzichtet, ist die Frage der Entmilitarisierung des Rheinlandes aufzuwerfen, so zeigt das ein weitgehendes Ent-gegenkommen und eine große Verständigungsbereit-

schaft. Der Redner ging dann auf die Hindernisse ein, die von französischer Seite der Abrüstung entgegen-geleitet werden. Das fest von Frankreich propagierte System einer vierjährigen internationalen Kontrolle der fest vorhandenen Rüstungsstände beruhe auf einer be-wußten Verleumdung der einstimmigen Konferenz-beschlüsse.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen wies der Vortragende auf die Möglichkeit einer Ver-ständigung zwischen Deutschland, Frankreich, Eng-land und Italien im Rahmen des Viermächte-paktes hin.

Die Erreichung eines solchen Übereinkommens sei auch in hohem Maße von dem Verantwortungsberuf sein Englands abhängig. Der ganze lange Weg von Versailles zu der Freiheit — so betonte der Vortragende zum Schluß — ist noch nicht zurück-gelegt; die volle Geltung Deutschlands als Groß-macht ist noch nicht erreicht. Wir sind überzeugt, daß, ebenso wie es beim künftigen Abbruch der Weltwirt-schaftskonferenz für das wirtschaftliche Gebiet von dem deutschen Delegierten Dr. Schacht festgestellt wurde, auch das politische System nur auf der Basis gejunger unabhängiger Einzelstaaten aufgebaut werden und funkt-ionieren kann. Es kann und wird keinen wahren Frieden in Europa geben, wenn nicht endlich die klare und einfache Formel vom gleichen Recht für alle Deutschland gegenüber in der Abrüstungsfrage zur Anwendung ge-langt.

London und Paris zur deutschen Antwort

Scharfe Ausfälle und wenig freundlicher Ton der Presse.

Ueber die Antwort der deutschen Regierung auf den Schritt der diplomatischen Vertreter Frankreichs und Großbritanniens gehen nach WZB. in London die Ansichten über die Haltung der Reichsregierung auseinander. Einige Blätter glauben von einer „Herausforderung“ sprechen zu sollen, die im Gegensatz zu der vor 3 Monaten gehaltenen Rede des Reichskanzlers stehe. Andere sind der Meinung, daß der Ton der deutschen Antwort nicht tragisch genommen zu werden braucht, und glauben, daß die deutsche Regierung bereit sei, den Propagandaschritt Einhalt zu tun und daß krän-kende Forderungen in den Rundfunkreden nicht weiter ge-bräucht werden.

Der Berliner Vertreter der „Times“ schreibt: Der Ton der abgegebenen amtlichen Mitteilung zeigt deutlich, daß die deutsche Regierung nicht bereit ist, irgend etwas zur Erleichterung der Lage zu tun. Der Wunsch nach einem freundlich gestimmten Großbritannien wird schwerlich zu einer erfüllenden Verrückung der Politik gegenüber Österreich führen. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ ist der Meinung, daß die beanstandeten Propagandamaßnahmen aufhören werden und bräut die Meinung aus, daß mit einer Besserung der österreichisch-deutschen Beziehungen zu rechnen sei. Der diplomatische Korrespondent der „Morning Post“ sagt, die amtliche Antwort zeige kein Entgegen-kommen. Aber es heiße, daß Berlin bereits angebeutet habe, es werde in Zukunft sein Bestes tun, um solche Zwischenfälle zu vermeiden. Amtliche Kreise in London seien der Ansicht, daß der Reichskanzler beabsichtige, sein Versprechen vom

Mai zu erfüllen, wonach Deutschland nach wie vor innerhalb des Rahmens der bestehenden Verträge handeln werde.

Die Pariser Morgenpresse, die das WZB-Kommuniqué über den Schritt der Botschafter Frankreichs und Englands in Berlin und den Kommentar des Cont-Büros wiedergibt, spricht von einer „wenig freundschaftlichen Antwort auf eine freundschaftliche Demarche“. Die meisten Blätter geben sich nicht die Mühe, auf die deutschen Argumente einzugehen und vor allem eine Antwort auf die in dem Kommentar des Cont-Büros aufgeworfene Frage zu geben, wie es denn mit der un-zulässigen Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten stehe, die sich bei Besprechungen der Strassburger Sender über den Abend erlaubt. Daß die Berufung auf den Viererpakt in jeder Beziehung ein Mißgriff war, geben verschiedene Blätter unumwunden zu. „Das Viermächteabkommen hat nichts mit der österreichisch-deutschen Angelegenheit zu tun“, schreibt „Ordre“, „Hitler hat recht, das zu betonen. Wir brauchen kein anderes Ergebnis von einer Demarche erwarten, die so ungeheuerlich war, aber auch so wenig energisch durchgeführt wurde.“ Das Blatt schreibt vor allem die Verletzung der Aktion wegen der still-schweigenden Unterstützung Deutschlands durch Mussolini. Auch „Figaro“ sieht vor allem der Stellungnahme Mussolinis resigniert entgegen. „Populaire“ will keine andere Antwort erwartet haben. Die französisch-englische Demarche sei zu ungeschickt gewesen. Hier handele es sich wieder um den Verfall der Verträge nach dem Viermächtepakt, sondern um den Frieden in Mitteleuropa. Deshalb müsse, so meint das Blatt, der Völkerbund mit dem Problem befaßt werden.

Keine Schulfeiern am Verfassungstage.

Berlin. Nachdem der preussische Innenminister die verschiedenen Verordnungen über die Beflaggung am Verfassungstage angeordnet hat, ist jetzt auch eine Anordnung des preussischen Kultusministers ergangen, wonach sämtliche Runderlasse über die Ausgestaltung von Verfassungsfeiern aufgehoben werden. Schul- oder sonstige Feiern aus Anlaß des Verfassungstages sind nicht mehr zu veranstalten.

Auflösung der Hilfspolizei.

Berlin. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident und Mi-nister des Inneren Göring die Hilfspolizei, nachdem sie ihrer Zweckbestimmung im vollen Umfang gerecht geworden ist, mit dem 15. August 1933 aufgelöst. Eine weitere Ausbildung findet daher nicht mehr statt. Die bisherigen Runderlasse treten mit dem Ab-lauf des 15. August 1933 außer Gültigkeit.

Zusammenarbeit der Treuhänder mit den Handelskammern.

Berlin. Nachdem den Treuhändern der Arbeit in Preußen die Polizeibehörden und Schlichtungsan-schüsse zur Verfügung gestellt sind, legt der Minister für Wirtschaft und Arbeit Wert darauf, daß die Treu-händer auch in eine nähere Verbindung zu den In-dustrie- und Handelskammern und ihren Meßver-bänden treten. Wie das WZB-Büro meldet, verpflichten sich daher die Treuhänder, alsbald die Fühlung mit diesen Körperschaften aufzunehmen und, soweit es erforderlich, an den Sitzungen teilzunehmen oder zu diesen Sitzungen einen Vertreter zu entsenden. Unge-fähr bittet er die gesamten Körperschaften, bei den Maßnahmen der Treuhänder sich nach Möglichkeit zu beteiligen. Falls ein Bedürfnis zur unmittelbaren Zu-sammenarbeit auch mit den Handwerkskammern be-stehen sollte, bittet er, mit diesen auch die Fühlung aufzunehmen.

Das deutsch-österreichische Verhältnis

Zum Mittelpunkt der englischen Diskussion.

London. Die deutsch-österreichischen Beziehungen, die weiterhin das Hauptgesprächsthema der politischen Kreise sind, werden auch in der Abendpresse unter Bezugnahme vor allem auf die Ber-liner amtliche Mitteilung und die deutsche Antwort auf die Vorstellungen der diplomatischen Vertreter Frank-reichs und Großbritanniens in Meldungen und Zeit-artikeln ausführlich behandelt, ohne daß sich aber neue Gedankengänge fänden. Bemerkenswert ist nur eine Darlegung im „Evening Stan-dard“, der es ironisch nennt, anzunehmen, daß die österreichischen Nationalsozialisten ihre Sympathie für die österreichischen Nationalsozialisten und ihr Interesse an deren Ergehen aufgeben könnten. Hieraus ergebe sich aber nicht, so meint das Blatt, daß deutschereits ein nationalsozialistischer Sieg in Österreich als Vorspiel zum Anschluß erwartet werde. Es gebe in Danzig eine nationalsozialistische Regierung, die von der nationalsozialistischen Reichsregierung völlig unabhängig sei und es bestes kein Grund, weshalb die-selbe Lage nicht auch in Österreich eintreten sollte. Er-wähnt sei schließlich noch, daß der „Evening Standard“, dessen politischer Korrespondent seinen Bericht mit der Bemerkung abschließt, es bestes Grund zu der An-nahme, daß die deutsche Regierung wirklich die Absicht habe, zu vermeiden, irgend etwas wie einen Britischen-fall zu provozieren.

Schießerei an der österreichisch-bayerischen Grenze.

Ein Heimwehrmann getötet.

München. Die bayerische Politische Polizei teilt mit: Aus bisher nicht bekannter Ursache ent-stand in den Morgenstunden des Montag an der deutsch-österreichischen Grenze, und zwar in der Nähe des Geht-sees bei Neifersfelden, zwischen österreichischen Hei-mwehangehörigen und einer Gruppe noch bisher unbekannter Personen eine Schießerei, wobei ein österreichischer Heimwehrmann tödlich verletzt wurde. Die bayerische Politische Polizei hat alles veranlaßt, um die Schuldigen zu ermitteln und sie der Bestrafung zuzuführen.

Die Anwendung des Berufsbeamtengesetzes auf Studienreferendare.

Über kein engherziges Verfahren.

Berlin. Wie das WZB-Büro meldet, hat der preu-ßische Kultusminister eine Anweisung über die Durch-führung des Berufsbeamtengesetzes bei den Studien-referendaren und Kandidaten des höheren Lehramtes bezüglich der politischen Bestimmungen erteilt, sofern es sich nicht um leitende Beamte handelt, nicht engherzig verfahren werden. Ge-brücker die wirtschaftliche Lage eines Beamten gemein ist, oder je jünger er war, um so mehr liege bei ihm, wenn er sich vorübergehend gegen die nationale Erhe-bung betätigt habe, die Möglichkeit vor, das äußere Ein-flüsse ihn zu diesem Verhalten bestimmt haben und daß er nach Beilegung dieser Einflüsse dem nationalen Staat in Treue dienen werde. Die Ober-präsidenten werden ersucht, sofort zu prüfen, auf welche Referendare die Voraussetzungen des Beamtengesetzes zutreffen. Alle Referendare müssen eine dienstliche Ver-sicherung über ihre arische Abstammung abgeben.

Bis zum 20. August soll dem Minister ein Ver-zeichnis aller für die Entlassung in Betracht kom-menden Referendare vorgelegt werden.

Referendare, die wegen ihrer nichtarischen Abstammung zu entlassen sind und sich bereits zur pädagogischen Prü-fung im Herbst gemeldet haben, können diese Prü-fung noch beenden und werden nach Ablegung der Prüfung zum 1. Oktober entlassen.

Kandidaten nichtarischer Abstammung werden in Zukunft nicht mehr zum Vorbereitungsdienst in Preußen zugelassen.

Sofern sie sich bereits vor dem 1. August zur wissen-schaftlichen Prüfung gemeldet haben, können sie diese noch beenden. Auch auf die einseitig angestellten Lehrer und Schulanfänger werden die Bestimmungen des Berufsbeamtengesetzes angewendet.

Auch in den preussischen Schulen Hitlergruß

Berlin. Im Anschluß an entsprechende Maßnahmen in anderen deutschen Ländern ist jetzt auch für die preussischen Schulen der Hitlergruß eingeführt worden. Wie das WZB-Büro meldet, wird in einem Erlass des preussischen Kultusministers der Hitlergruß ebenso wie für die anderen Verwaltungen auch für die Kul-tusverwaltung eingeführt und zum Schluß gesagt, daß diese Anordnung sich auch auf die Lehrer und den Grußverkehr in den Schulen erstreckt.

Eberts Sohn im Konzentrationslager

Ebenso Künstler und Heilmann.

Berlin (WZB). Wie das Geheimne Staatspolizei-amt mitteilt, sind der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Stadtratsmitglied von Brandenburg a. d. S., Chefredakteur der sozialdemo-kratistischen Brandenburger Zeitung Friedrich Ebert, Sohn des ehemaligen Reichspräsidenten, ferner der ehe-malige SPD-Abgeordnete Franz Künstler und der ehemalige Reichstags- und Landtagsabgeordnete, langjähriger Fraktionsführer der SPD, im Preussischen Landtag Heilmann in das Konzentrationslager Dranienburg eingeliefert worden. Heilmann ist beson-ders hervorzuheben als Freund von Barnat und Sla-rets, mit denen er enge Fühlung hatte. Als Ausgleich für die Inhaftierung der drei Volksvertreter sind sechs verhaftete Arbeiter aus dem Konzen-trationslager Dranienburg entlassen worden.

Redakteur Fechenbach auf der Flucht erschossen.

Detmold. Der ehemalige Redakteur des Volksblattes in Detmold und frühere Privatsekretär des 1919 in München erschossenen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, Felix Fechenbach, sollte im Kraft-wagen nach einem bayerischen Konzentrationslager ge-bracht werden. Unterwegs unternahm Fechenbach einen Fluchtversuch. Als er auf mehrmaligen Schuß der Begleitmannschaft nicht stehen blieb, feuerte die Be-gleitung hinter dem Fliehenden her. Eine Kugel traf Fechenbach tödlich.

Er hatte sich bereits wieder an ein neues Opfer herangemacht.

Auf See verunglückt.

Handtaschenmarder am Weichselmünder
Strande.

Viel Lärm um wenig.

Neues wissenschaftliches Institut in Gdingen

Die Arbeit der Kriminalpolizei.

37 340 (39 400) Vernehmungen und 1580 (1118)
Festnahmen

Eine Windmühle im Olivaer Museengarten

Seefahrer Heuschels Abenteuer

Ghepaar von Hausbesitzer niedergeschossen.

In die Polizeigesängnisse Danzig und Zoppot

Das Ehrenmal der 5. Grenadiere.

Die Lage des Ehrenmals auf diesem Platz

Plan und Ausführung liegen in Händen des Danziger Architekten B. d. A. Geo Derde. Nur Danziger Firmen und Arbeiter sind am Bau betheilig.

Keine Obstreffe fortwerfen.

Mehr Drillhantzüge als Dienstkleidung.

Standesamt I Danzig.

Das Geschwader Balbos endlich gestartet.

Auf den Azoren zwischengelandet.

Das Geschwader Balbo ist in der Nacht von Montag zu Dienstag 2.45 Uhr östlicher Zeit von Clarenville auf Neufundland zum Rückflug aufgestiegen. Der Start der 24 Flugzeuge des Balbo-Geschwaders vollzog sich innerhalb einer halben Stunde. Um 3.15 Uhr waren sämtliche Flugzeuge in der Luft.

Die Flugzeuge haben inzwischen Heil die Azoren erreicht. Neun Flugzeuge des Geschwaders sind auf den Azoren in Horta niedergegangen. 15 Flugzeuge unter ihnen der Apparat des Generals selbst, sind nach Ponta Delgada weitergeflogen. Das Waffern der Flugzeuge in den Häfen von Horta hgm. Ponta Delgada ging ohne Zwischenfälle vonstatten. Den Fliegern wurde von der Menge und den in den Häfen liegenden Schiffen ein begeisterter Empfang bereitet. Sämtliche Häuser hatten geflaggt. Das Geschwader wird Mittwochs zwischen 13 und 14 Uhr in Lissabon erwartet, wo ein Empfang Balboas durch den Präsidenten Carmona vorgesehen ist und wird voraussichtlich am Donnerstag nach Ostia abfliegen.

Der Vorsitzende des Berliner Vereins der ausländischen Presse zurückgetreten.

Um die Freilassung eines verhafteten Kollegen zu erwirken.

Berlin. Der Korrespondent der Wiener „Neuen Freien Presse“, Dr. Paul Goldmann, ein deutsches Mitglied, Mitbegründer und ehemaliger Vorsitzender des Vereins der ausländischen Presse, ist am vergangenen Freitag in Berlin festgenommen worden. Um die Bemühungen des Vereins der ausländischen Presse um die Freilassung von Dr. Goldmann zu unterstützen, erklärte sich der jetzige Vorsitzende des Vereins der ausländischen Presse, der Amerikaner Edgar Ansel Mowrer bereit, für den Fall der Freilassung von Dr. Goldmann von seinem Vorſitz zurückzutreten. Dr. Goldmann wurde bereits am Sonnabend freigelassen. Ansel Mowrer hat daraufhin seinen Rücktritt vom Vorſitz des Vereins der ausländischen Presse erklärt.

Auch Dienststrafverfahren
werden beschleunigt.

Berlin. Der preussische Kultusminister hat, wie das WZ-Büro meldet, in einem Rundschreiben an die Behörden bestimmt, daß im Staatsinteresse eine schnellere Durchführung der Dienststrafverfahren erforderlich sei. Mit Bestimmtheit habe er feststellen müssen, daß wiederholt solche Verfahren Verzögerung erlitten, da die zum Dienststrafverfahren erforderlichen gerichtlichen Strafakten nicht mit der nötigen Beilegung herbeigezogen worden sind. Nach rechtskräftigem Abschluß des gerichtlichen Strafverfahrens müsse daher in Zukunft besonders darauf Wert gelegt werden, daß die Strafakten sofort angefordert werden.

Gesuche um die Aufnahme in die NSDAP
zwecklos.

München. Der Reichsfachmeister der NSDAP veröffentlicht im „Völkischen Beobachter“ folgende Bekanntmachung:

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß für die Dauer der Mitgliederperre, welche voraussichtlich nicht vor dem 1. April 1987 aufgehoben werden wird, Gesuche um Aufnahme in die NSDAP zwecklos sind. Den Dringenden wird es unterstellt, jetzt schon Aufnahmeerklärungen entgegenzunehmen, um diese nach Ablauf der Perre vorzulegen.

Später aufheiternd.

Uebersicht: Der gestern über dem Nordmeer gelegene Tiefdruck ist rasch ostwärts zum Bismarck Meer hinfegen und füllt sich langsam auf. Bei seinem Weiterzug haben die Winde aus der Bismarck Osee bis zur Stärke 8 aufgefriescht. Eine neue, über Schottland gelegene Störung wird uns zunächst noch nicht erreichen. Der hohe Druck über Frankreich und Westdeutschland breitet sich ostwärts aus.

Wetterbeobachtungen von 8 Uhr vormittags

Beobachtungs- Station	Wind- richtung Stärke	Witterungs- zustand	Temperat. in Celsius	Niedersch. in letzten 24 Std. mm
Danzig	W 3	wolfig	16	—
Vortumriff				
Geneschtiff	W 4	hefter	18	—
Hamburg	WSW 4	"	15	0,6
Stettin	W 2	wolfig	15	0,1
Memel	WSW 4	"	18	3,1
Nachen	SW 1	Dunst	18	—
Kranfurt a. M.	—	—	20	—
München	WSW 3	hefter	20	—
Dresden	W 3	wolfig	17	—
Berlin	WSW 3	hefter	17	0,1
Breslau	WSW 3	"	18	—
Bo'en	W 4	"	16	0,6
Warschau	—	—	—	—
Kralau	WSW 1	Dunst	20	—
Leipzig	W 4	bedeckt	18	2,0
Stockholm	W 2	hefter	17	2,3
Wien	W 3	halbbedeckt	17	0,4
Kalmar	—	—	—	—

Heute nachm.: Nach leichten Schauern aufheiternd, frische bis starke westliche Winde.

Donnerstag: Heiter bis wolfig, mäßige bis frische westliche Winde, etwas wärmer.

Freitag: Keine wesentliche Veränderung.

Seebädernachrichten

B a d	Temperaturen am 9. 8. 1933		Zahl der Bäder am 8. 8. 1933
	Wasser	Luft	
Seubade	18	20	753
Brüsen	18	19	562
Wettlauf	18	18	198
Toppot	19	22	1030

Hauptschristleiter: Franz Steffen (a. St. in Urlaub).

[illegible]



Heute früh um 2.45 Uhr entschlief, wohlversehen mit den Gnadenmitteln unserer hl. Kirche, unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante, Nichte und Kusine

Natalie Mischker

im Alter von 34 Jahren 10 Monaten.

Ohra, den 8. August 1933.

Die trauernden Eltern und Geschwister.

Die Trauerfeier findet am Freitag, den 11. d. Mts., vormittags 9 Uhr, in der St. Ignatiuskirche Altschottland statt. Daran anschließend Beerdigung.



Am Montag, den 7. August, entschlief plötzlich nach kurzer Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Emilie Neumann

geb. Ornas

im Alter von 69 Jahren.

Neufahrwasser, den 9. August 1933.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Franz Pompetzki u. Frau Hedwig

geb. Neumann.

Requiem am Donnerstag, den 10. d. Mts., vormittags 9 Uhr, in der St. Hedwigskirche; daran anschließend Beerdigung.

Ämtliche Bekanntmachung

Die Diensträume des Katasteramts Danzig II (Geschäftsbereich: Kreis Danziger Höhe und Kreisteil Danziger Niederung westlich der Stromweiche) befinden sich seit dem 1. August d. J. Karrenwall Nr. 2.

Photographisches Atelier

Alois Arke

Danzig, Kohlenmarkt 12

Gegründet 1892 Fernruf 25221

Moderne Porträtaufnahmen

Architektur und Landschaft

Alle Tischler-
Werkzeuge

W. Müller

Lange Brücke 53

Tel. 213 30

Wallfahrt des Ostens zum hl. Rock in Trier

vom 31. August

bis 7. September 1933.

Ab Marienburg bis Marienburg einschließlich Reise, Verpflegung, Wohnung, Führungen, Rheindampferfahrt

III. Klasse G 122.—

II. Klasse G 153.—

Anmeldungen baldmöglichst bis spätestens 15. August im Caritasverband, Brothänkengasse 2.

Total-Ausverkauf

wegen Aufgabe meines

Uhren- und Goldwarengeschäftes

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Georg Schröder Inh. Ferd. Fiedler

Melzergasse 6 Reparaturen bitte bis zum 15. September abzuholen.

Preussisch-Süddeutsche-Klassenlotterie

Gewinnansatz

5. Klasse 41. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie

Ohne Gewähr

Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 8. August 1933
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2. Gewinne zu 10000 M. 12098
3. Gewinne zu 5000 M. 214443 285224 348228
4. Gewinne zu 3000 M. 28519 28994 100350 153983 172553 260673
5. Gewinne zu 2000 M. 17597 24313 25487 55680 85471 68475
6. Gewinne zu 1000 M. 7702 7315 10779 24601 26520 28423 33993
7. Gewinne zu 500 M. 5848 55638 59393 71133 75179 79937 80715 83089
8. Gewinne zu 250 M. 102065 11153 121317 141011 142583 145104 15171
9. Gewinne zu 100 M. 160327 168930 174011 185268 203548 211247 225978
10. Gewinne zu 50 M. 248003 260369 262571 266032 273684 275597 281305 287148
11. Gewinne zu 25 M. 310684 312674 319034 341751 356095 368137 369387 376797
12. Gewinne zu 10 M. 383469
13. Gewinne zu 5 M. 500 M. 2270 19915 21948 24267 24679 25706 30621
14. Gewinne zu 2 M. 31392 33771 41463 44576 46063 52643 53580 54158 60789 61367
15. Gewinne zu 1 M. 61512 67922 74787 79029 84505 86888 88283 91812 93426 95742
16. Gewinne zu 50 C. 107444 112346 114445 116261 120595 126678 127615 144795 148084
17. Gewinne zu 25 C. 152475 152866 155915 164733 169348 170800 175423 177782 181464
18. Gewinne zu 10 C. 192719 195369 197418 205359 212389 214648 215028 219702 227150
19. Gewinne zu 5 C. 235490 237206 237452 246911 248529 257083 260550 263947 263955
20. Gewinne zu 2 C. 288188 270947 277365 278831 31235 284701 285595 297114 297458
21. Gewinne zu 1 C. 300731 306532 307247 313300 316478 322944 342230 342324 345234
22. Gewinne zu 50 C. 347774 349178 350219 370132 374989 380406 384771 385314 386047
23. Gewinne zu 25 C. 389341 390128 396843 398025

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

8. Gewinne zu 10000 M. 18528 76627 147169 180814
9. Gewinne zu 5000 M. 135141 133244 225476 242755 366395
10. Gewinne zu 3000 M. 47900 137326 175303 208233 243669 325636
11. Gewinne zu 2000 M. 371237 372554 387550
12. Gewinne zu 1000 M. 72 2000 M. 1710 10349 26882 34432 55070 56665
13. Gewinne zu 500 M. 75730 80917 128378 143779 162551 172564 190708 194422 195830
14. Gewinne zu 250 M. 197033 208095 214253 215221 219730 226712 229040 233487 241697
15. Gewinne zu 100 M. 249366 262801 281780 292129 323370 327550 345079 346688 349622
16. Gewinne zu 50 M. 358517 377066 381507
17. Gewinne zu 25 M. 86 2000 M. 7645 21607 53148 53930 67378 80360
18. Gewinne zu 10 M. 83826 89022 92134 94465 96123 115376 119055 119835 120044
19. Gewinne zu 5 M. 14519 147276 154313 173849 194591 200497 203545 236693 245007
20. Gewinne zu 2 M. 246030 249710 251833 268995 270848 273228 285623 288987 291769
21. Gewinne zu 1 M. 306963 313196 334375 350043 339139 341009 344331 354353 354638
22. Gewinne zu 50 C. 355362 357755 350783 363342 364801 398398
23. Gewinne zu 25 C. 192 2000 M. 7552 13176 15629 23554 31668 32535
24. Gewinne zu 10 M. 39252 45492 45669 54394 57206 57922 62168 69088 72064 81331
25. Gewinne zu 5 M. 82141 87295 90165 91520 94936 104316 104492 105744 112107
26. Gewinne zu 2 M. 113184 113267 114675 118580 123481 124341 124615 126059 126794
27. Gewinne zu 1 M. 126938 129156 133595 135271 138837 145348 145867 158231 158542
28. Gewinne zu 50 C. 157310 163211 165440 168770 183670 183670 183670 183670 183670
29. Gewinne zu 25 C. 205584 209242 224877 226240 226455 230144 235052 237282 240619
30. Gewinne zu 10 M. 240873 245048 254892 255533 256745 262839 279900 281354 284577
31. Gewinne zu 5 M. 286022 281504 293525 296343 296357 300053 305330 312639 317717
32. Gewinne zu 2 M. 327635 351447 336037 347453 352537 354844 359129 371178 379771
33. Gewinne zu 1 M. 382010 385609 386057 387238 387601 387636 394589 397365

Im Gewinnrade verbleiben: 2 Prämien zu je 500000 und 100 Prämien zu je 3000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 300000, 2 zu je 200000, 4 zu je 100000, 6 zu je 75000, 12 zu je 50000, 30 zu je 25000, 190 zu je 10000, 484 zu je 5000, 968 zu je 3000, 2892 zu je 2000, 5792 zu je 1000, 9618 zu je 500, 28882 zu je 400 Mark.

Stellen-Angebote

Haushälterin

ge sucht für das Sonntags der Pallottiner in Danzig, Sündenburgallee 41/42.

Arbeitsburschen

im Alter von 16-20 Jahren stellt bei freier Kost und Lohn nach Nebeneinkunft sofort ein Landwirt Otto Kleinke, Kahlbude.

Stellen-Gesuche

Chauffeur

28 Jahre alt, sucht Beschäftigung. Gute Zeugnisse vorhanden. Angeb. unt. Nr. 2806 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Grundstücks-Markt

Einfamilienhaus

sehr gut in Ordnung, soll wegen Todesfall verkauft werden. 4 Zimm., Garl., Nähe der Bahn und Straßenbahn. Es kommt nur Reflektanten in Frage, die es bar ausbezahlen können. Vermittler nicht erwünscht. Zu erf. bei Sommer, Langfuhr, Pfefferstr. 13. Abbegebt.

Unentbehrlich

für jeden gläubigen Katholiken, der Diözese Danzig (einschließlich des Gebietes rechts der Weichsel) sowie die Deutsch-Katholiken in Pommerellen und selbstverständlich als Gebetbuch für die Kleinen

Erstkommunikanten

ist das Mitte August ds. Jahres erscheinende neue Danziger

Gesang- und Gebetbuch

denn es ist das offizielle Buch der Diözese Danzig. Näheres über Preise und Einbandarten erfolgt demnächst.

Westpr. Verlag AG.

Danzig, Alm Sande 2. Tel. 24796/97.

Kohlen, Koks, Briketts

liefert zu billigsten Tagespreisen
I. N. Mionskowski, Heubude
Eulenbruch 3.
Bestellungen schriftlich erbeten.

Niesenauswahl in 3 Öpfen

zu Fabrikpreisen empfiehlt
Haar-Körner
Kohlenmarkt 18/19.

„Eheglück“

Ehejüngfer aller Stände werden vermittelt streng vertraut.
Glücksstern,
Inh. Frau Goetze,
Johannissgasse 62, 1 Tr.

Danziger Nachrichten

Änderung der Gewerbeordnung.

Auf Grund des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat

vom 24. Juni 1933 hat der Senat der Freien Stadt Danzig auf dem Verordnungswege einige bedeutende Änderungen der Gewerbeordnung vorgenommen. So wird z. B. die Ausübung des Gewerbebetriebes von der Erteilung einer Erlaubnis abhängig gemacht. Diese Konzessionspflicht für das Gewerbe, die im Deutschen Reich bereits durch das Gesetz vom 7. Februar 1927 eingeführt worden ist, erscheint im Interesse des sich dem Gewerbebetrieb anverwandten Publikums, wie auch demjenigen der Arbeitnehmer dieses Gewerbebetriebes erforderlich. Nach dem Wortlaut der Verordnung ist

die Erlaubnis zur Ausübung des Gewerbebetriebes zu versagen,

wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß der Nachsuchende die zum beabsichtigten Gewerbebetrieb erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt oder wenn der Nachsuchende die für den Gewerbebetrieb nötigen Mittel nicht nachzuweisen vermag.

Eine weitere Änderung der Gewerbeordnung bezieht sich auf das Wandergewerbe und auf den Gaufierhandel. Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, den Gewerbebetrieb im Umherziehen (Wandergewerbe) wie auch den Gaufierhandel von dem Nachweis eines Bedürfnisses abhängig zu machen. Im Gegensatz zu der bisherigen Regelung, nach der der Wandergewerbebetrieb nur unter bestimmten Voraussetzungen verlagert werden kann,

soll fortan der Wandergewerbebetrieb verlagert werden können, sofern ein Bedürfnis nicht vorliegt.

Einzelne Warengattungen sollen gänzlich vom Wandergewerbe und auch vom Gaufierhandel ausgeschlossen werden können. Die letzte Regelung liegt besonders im Interesse der Gemüsebauern, die durch den Gaufierhandel mit Gemüse schwer geschädigt werden. Die Wandergewerbebescheinigung wird sich auch auf das Auffuchen von Bestellungen auf gewerbliche Leistungen erstrecken.

Im Hinblick auf die Notlage der Gemüsebauern steht die neue Verordnung zur Änderung der Gewerbeordnung vor, daß der Verkauf von Gegenständen des Wochenmarkterverkehrs nach dem örtlichen Bedürfnis beschränkt werden kann.

Die näheren Bestimmungen der Verordnung zur Änderung der Reichsgewerbeordnung vom 28. Juli 1933 gehen aus der Veröffentlichung im Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig hervor.

Neue Rechtsverordnung über die Regelung der Schulverhältnisse.

Der Senat, Abt. Volksbildung, Wissenschaft, Kunst und Kirchenwesen, ordnet die Rechtsverhältnisse für die höheren, mittleren und Fachschulen. Der Artikel 102 der Danziger Verfassung besagt, daß das gesamte Schulwesen

unter Aufsicht des Staates

steht. Der Staat hat damit die gesetzmäßige Handhabung, nicht nur Wesen, Zweck und Ziele der einzelnen Schulgattungen zu bestimmen, über die Durchführung seiner Richtlinien zu wachen, sondern auch die äußeren Angelegenheiten in seinem Sinne zu regeln. Das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. 6. 1933 gibt dem Senat die Befugnis, die Regelung durch Verordnung zu treffen.

Bei Behandlung von Fragen auf dem Gebiete des Schulrechts hat sich seit langem der Mangel herausgestellt, daß es an klaren Vorschriften über die Regelung der äußeren Angelegenheiten der Schulen fehlt.

Die mit dem Schulwesen befaßten Behörden waren gezwungen, auf preussische Ministerialerlasse, auf alte Verordnungen vom Anfang des vorigen Jahrhunderts (1839/40) oder auf das Gewerbeverordnungsrecht zurückzugreifen. Jetzt hat der Senat eine Rechtsverordnung erlassen, die alle bisherigen Verfügungen und Verordnungen aufhebt und eine klare Rechtsgrundlage für alle mit Schulfragen befaßten Behörden und Personen schafft.

Die Verordnung befaßt sich mit dem Rechtscharakter der höheren, Fach- und Mittelschulen, regelt die Verwaltung und gibt Richtlinien für Anstellung und Verleihung der an diesen Schulen beschäftigten Lehrer.

Die Stellung der Privatschule

erfährt eine grundsätzliche Regelung. Eine Privatschule darf nur mit Genehmigung des Senats eingerichtet werden und zwar unter der Bedingung, daß der Lehrplan den Zielen der Grundschule entspricht. Die Anstellung des Leiters und der Lehrer dieser Privatschulen bedarf der Genehmigung des Senats, der auch die Schulaufsicht ausübt.

Für Kindergärten sind entsprechende Bestimmungen erlassen. Der Senat hat durch diese Verordnung einen wichtigen Schritt zum Ausbau und der Erneuerung des geltenden Rechtssystems getan.

Erleichterungen für Siedler.

Ämtlich wird mitgeteilt:
Durch Senatsbeschluss vom 4. d. M. wurden umfassende Erleichterungen den vom Senat angeordneten Siedlern gewährt, die der Beseitigung unbilliger Härten und der Herstellung einer gesicherten Wirtschaftlichkeit dienen. Durch Gewährung von Freifahren ist eine Atempause geschaffen worden, die den Siedlern Zeit läßt, Rückstände aufzuholen und ihre Betriebe flott zu machen. Der Zins- und Tilgungssatz für Renten und Vandalenlehen ist für dauernd so herabgesetzt, daß er für die Siedler auch in schlechter Zeit unbedingt tragbar ist. Durch Nachlässe wird denjenigen Siedlern Hilfe gewährt, die ältere Gütergebäude zu teuer im Verhältnis zu Siedlungsneubauten übernehmen mußten. Hiermit ist eine Schuld abgetragen, die die alte Regierung den Siedlern gegenüber hatte, die nunmehr nach Durchführung dieser umfassenden Maßnahmen in der Lage sind, ordnungsmäßig und zum Wohle der Gesamtheit auf ihren Siedlerstellen wirtschaften zu können.

Schiffe im Danziger Hafen.

Eingelaufene Schiffe.

Am 8. August 1933.

Dän. D. „Elsborg“ (954) von Kopenhagen leer (Solbitmann). Dtsch. D. „Gota“ (828) von Birmingham mit Kohlen (Janzen). Engl. D. „Valtonia“ (2390) von London mit Gütern (United Baltic Corp.). Dtsch. D. „Alara Singh“ (680) von Gdingen leer (Bergense). Boliv. D. „Wondy“ (193) von Gdingen leer (Leitshat). Schwed. D. „Jungeborg“ (191) von Stockholm mit Gütern (Behne und Sieg). Finn. D. „Aure 8“ (2708) von Rotta mit Gütern (Bergense). Dtsch. MS. „Capella“ (67) von Elbing leer (Kreft). Dän. MS.

„Anna“ (Ganswindt). Dtsch. MS. „Martha“ (83) von Gdingen leer (Pam).

Am 9. August 1933.

Dtsch. D. „August Cords“ (745) von Amsterdam mit Reis und Briketts.

Ausgelaufene Schiffe.

Am 8. August 1933.

Schwed. MS. „Bandia“ (88) nach Gdingen leer (Kreft). Dtsch. D. „Cremor“ (538) nach London mit Gütern (Leitshat). Dän. D. „Sopha“ (524) nach Le Repport mit Kohlen (Behne und Sieg). Dtsch. D. „Edmund Hugo Stinnes 4“ (1256) nach Geste mit Kohlen (Artus). Schwed. D. „Egon“ (291) nach Malmö mit Gütern (Behne und Sieg). Holl. MS. „Rajaco“ (133) nach Dordrecht mit Kohlen (Aug. Wolff). Dän. D. „Argo“ (1174) nach London mit Holz. Dtsch. D. „Gondor“ (448) nach Antwerpen mit Holz und Gütern (R. L.). Schwed. D. „Coerke“ (234) nach Honsleur mit Holz (Behne und Sieg). Holl. MS. „Konstant“ (118) nach Rotterdam mit Holz (Wit. Lloyd). Schwed. D. „Caring“ (618) nach Siglofjord mit Kohlen (Artus). Poln. D. „Zwov“ (687) nach Gull mit Holz und Gütern (Pam).

Schiffe, die in Danzig erwartet werden.

D. „Gylshoba“ (Bergense). D. „Mellisa“ (Bergense). D. „Sloft“ (Pam). D. „Everest“ (Pam). MS. „Emmy“ (Atlantic). MS. „Sugo“ (Kreft). D. „Sanholm“ (Bergense). MS. „Veda“ (Bergense). D. „Pognan“ (Pam). D. „Nordost“ (Atlantic). MS. „Minde 4“ (Artus). D. „Martha“ (Bergense). D. „Claus (Prome). D. „Energie“ (Pam). MS. „Elin“ (Atlantic). MS. „Gertrud 2“ (Kreft).

Der Umschlag in Danzig und in Gdingen.

Vom 8. August 1933.

Export

Kohle

Es wurden umgeschlagen:

in Danzig	344 Waggons	7 211 Tonnen
in Gdingen	916	17 804
Anzahl der Kohle ladenden Schiffe: in Danzig	6	
	in Gdingen	15

Uebrigere Massenladungen.

Es wurden umgeschlagen:

in Danzig	49 Waggons	in Gdingen	— Waggons
Getreide	—	—	—
Zucker	—	—	10
Holz	250	—	33
Andere Güter	57	—	126

Wortlaut der Danzig-polnischen Abmachungen

vom 5. August

Das Uebereinkommen über die Schul- und Sprachenfrage

In Ausführung des Danzig-polnischen Uebereinkommens vom 26. November 1932 haben der Senat der Freien Stadt Danzig und die polnische Regierung unter den Auspizien des Hohen Kommissars des Völkerbundes folgendes Uebereinkommen über die Behandlung polnischer Staatsangehöriger und anderer Personen polnischer Herkunft oder Sprache auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig geschlossen:

A. Öffentlicher Elementarunterricht.

Artikel 1.

1. In Danzig werden öffentliche Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache errichtet werden auf schriftlichen Antrag von Erziehungsberechtigten für mindestens 40 schulpflichtige Kinder polnischer Herkunft oder Sprache, die a) in derselben Gemeinde, bzw. b) Schulbezirk (falls der Schulbezirk größer ist als die Gemeinde) oder in Ausnahmefällen c) in Nachbargemeinden in einem Umkreis von 3/4 Kilometer wohnen. Die Anträge müssen auf dem in der Anlage enthaltenen Vordruck gestellt werden.

In den Ausnahmefällen, in denen die Gründung einer Schule aus besonderen Gründen nicht zweckmäßig ist, sollen Klassen eingerichtet werden.

Die Kinder Danziger Staatsangehöriger polnischer Herkunft oder Sprache, die außerhalb eines Umkreises von 3/4 Kilometer wohnen, können diese Schulen bzw. Klassen ebenfalls besuchen, vorausgesetzt, daß die Beförderungsmöglichkeit hinsichtlich des regelmäßigen Besuchs besteht oder von den Eltern oder anderen Personen sichergestellt werden kann.

Die Kinder polnischer Staatsangehöriger und anderer Personen polnischer Herkunft oder Sprache werden in liberalem Geiste zum Besuch dieser Schulen bzw. Klassen zugelassen, soweit Plätze verfügbar sind.

2. Wenn die Anträge für mindestens 12 Kinder gestellt werden, werden in den Danziger öffentlichen Volksschulen Lehrgänge für Religionsunterricht in polnischer Sprache eingerichtet werden, der mindestens die gleiche Anzahl Stunden wöchentlich umfaßt, wie der Religionsunterricht in deutscher Sprache.

Vom zweiten Schuljahr ab soll des weiteren polnischer Sprachunterricht eingerichtet werden, der vier Stunden wöchentlich beträgt.

Dieser Unterricht soll im Rahmen der normalen Verteilung der Schulstunden in der Weise erteilt werden, daß die Kinder zu diesem Unterricht die Schule nicht am gleichen Tage nochmals besuchen müssen. Das Programm dieser Lehrgänge soll dem normalen Unterrichtsplan der polnischen Sprache und des Religionsunterrichts in polnischer Sprache angepaßt werden, wie er in den Danziger öffentlichen Volksschulen angewendet wird, deren Unterrichtssprache polnisch ist.

Die Kinder polnischer Staatsangehöriger und anderer Personen polnischer Herkunft oder Sprache sollen in liberalem Geiste zum Besuch dieser Lehrgänge zugelassen werden.

3. Die öffentlichen Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache bilden unabhängige Schuleinheiten und werden ihre eigene Leitung haben.

Artikel 2.

1. Eine öffentliche Volksschule bzw. Klasse mit polnischer Unterrichtssprache darf nur aufgehoben werden, wenn die Zahl ihrer Schüler während dreier aufeinanderfolgender Schuljahre weniger als 40 beträgt und wenn Grund zu der Befürchtung vorliegt, daß diese Zahl künftig zurückgehen wird.

2. Die Aufhebung polnischer Sprachlehrgänge kann während des Schuljahres nur erfolgen, wenn die

Zahl der Kinder, die den polnischen und den Religionsunterricht besuchen, während des Schuljahres unter 6 sinkt.

3. Die öffentliche Volksschule mit polnischer Unterrichtssprache, die nach Vorstehendem die für ihr Bestehen als Schule öffentlichen Charakters erforderlichen Bedingungen verliert, kann von interessierten Personen oder Einrichtungen in Verwaltung genommen und als Privatschule aufrecht erhalten werden. In diesem Fall soll sie die Erleichterungen genießen hinsichtlich der Benutzung des Lokals und des Schulmaterials, das sie bisher benutzt hat.

Diese Bestimmungen finden entsprechende Anwendung auf polnische Sprachlehrgänge und den Religionsunterricht in dieser Sprache.

4. Was die Kinder polnischer Herkunft oder Sprache anbetrifft, die öffentlichen Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache besuchen, so sind die für sie Erziehungsberechtigten oder die polnischen Einrichtungen berechtigt, auf ihre eigenen Kosten den polnischen und den polnischsprachlichen Religionsunterricht ohne Anrechnung der Zahl der Kinder einzurichten.

In diesem Falle sollen sie Erleichterungen genießen hinsichtlich der Benutzung eines Schulraumes, im Einvernehmen mit dem Leiter der Schule.

Artikel 3.

Die öffentlichen Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache sollen nach denselben Grundsätzen und Bedingungen unterhalten und geleitet werden wie die öffentlichen Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache; sie sollen in demselben Umfange aus allen Mitteln und sonstigen für den öffentlichen Unterricht bestimmten Beihilfen Nutzen ziehen.

Artikel 4.

1. Als Lehrer an öffentlichen Elementarschulen mit polnischer Unterrichtssprache sowie für die Ziffer 2 des Artikels 1 vorgesehenen Lehrgänge sollen nur Personen ernannt werden, die gründliche Kenntnisse der polnischen Sprache und die erforderliche Eignung für den Unterricht in den Schulen mit polnischer Unterrichtssprache besitzen, und diese Lehrer sollen vornehmlich unter den Personen polnischer Herkunft und Sprache gewählt werden.

2. Die in Polen erworbene Lehrerbildung soll als ausreichend anerkannt werden, um an diesen Schulen die Lehrtätigkeit auszuüben. In den Fällen, in denen es sich um polnische Staatsangehörige handelt, kann der Erwerb der Danziger Staatsangehörigkeit später verlangt werden.

3. Für die an öffentlichen Elementarschulen mit polnischer Unterrichtssprache beschäftigten Lehrer sollen von Zeit zu Zeit

Fortbildungskurse unter besonderer Berücksichtigung der polnischen Sprache

eingerichtet werden, wie dies für die Lehrer der anderen öffentlichen Danziger Schulen üblich ist.

Artikel 5.

1. In den öffentlichen Elementarschulen bzw. Klassen mit polnischer Unterrichtssprache werden nur Lehrbücher und andere Lehrmittel in polnischer Sprache verwendet, die nichts enthalten, was das polnische Empfinden verletzt.

2. Es soll für diese Schulen ein einheitliches Unterrichtsprogramm und ein einheitlicher Lehrplan ausgearbeitet werden.

Artikel 6.

Der Unterricht der deutschen Sprache kann in den Schulen bzw. Klassen mit polnischer Unterrichtssprache als Lehrfach erst im zweiten Schuljahr beginnen.

Artikel 7.

1. Für jede öffentliche Volksschule bzw. Klasse mit polnischer Unterrichtssprache werden dieselben Organe eingerichtet werden, um die Mitwirkung der Eltern und der Vertreter der polnischen Bevölkerung sicherzustellen, wie sie bei den anderen öffentlichen Danziger Schulen geschaffen worden sind.

2. Was die öffentlichen Volksschulen anbetrifft, bei denen Klassen oder Lehrgänge in polnischer Unterrichtssprache eingerichtet worden sind, so sollen die Eltern und Vertreter der polnischen Bevölkerung angemessene Erleichterungen genießen, um ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen.

3. Die amtliche Überwachung der öffentlichen Volksschulen bzw. Klassen und der Lehrgänge (Artikel 1 Ziffer 2) mit polnischer Unterrichtssprache soll durch einen Inspektor ausgeübt werden, der die erforderliche Eignung zur Ausübung der Lehrtätigkeit an den Schulen mit polnischer Unterrichtssprache, wie in Artikel 4 vorgeesehen, besitzt.

Artikel 8.

Die polnische Sprache kann im Verkehr mit den Eltern sowie bei allen Versammlungen oder Beratungen, die die Schulfragen betreffen, gebraucht werden.

Artikel 9.

1. Die Anträge auf Eröffnung einer öffentlichen Volksschule mit polnischer Unterrichtssprache und von Lehrgängen (s. Anlage), die bis zum 31. Januar jeden Jahres gestellt sind, müssen mit möglicher Beschleunigung geprüft werden, und der Beschluß muß innerhalb einer Frist gefaßt werden, die die Eröffnung der Schule oder des Lehrganges mit Beginn des Schuljahres, auf das sich diese Anträge beziehen, ermöglicht.

B. Privatunterricht.

Artikel 10.

Die Personen polnischer Herkunft oder Sprache können auf ihre eigenen Kosten Privatschulen und Privaterziehungsanstalten jeder Art und jeden Grades einrichten, leiten, überwachen und unterhalten sowie Privatunterricht geben, vorausgesetzt, daß die Privatschule nicht minderwertiger ist als die öffentliche Schule, was ihr Programm, ihre Organisation und die wissenschaftliche Bildung ihres Lehrpersonals betrifft und daß sie nicht dazu beiträgt, eine Trennung zwischen den Schülern nach der Stellung der Eltern herbeizuführen. Im übrigen finden die Bestimmungen der Danziger Verfassung Anwendung.

2. Diese Schulen können sowohl von Kindern Danziger Staatsangehöriger polnischer Herkunft oder Sprache als auch von den Kindern anderer Personen polnischer Herkunft oder Sprache besucht werden.

3. In den Privatschulen mit polnischer Unterrichtssprache darf nichts unterrichtet werden, was gegen die Freie Stadt gerichtet ist. Im Gegenteil muß bei den Schülern das Gefühl der Zuneigung zu Danzig gepflegt werden.

4. Die Bestimmungen des Absatzes 1 werden hinsichtlich, falls sowohl in Danzig als auch in Polen der Privatunterricht nicht mehr zulässig ist.

Artikel 11.

Die Kinder von Danziger Staatsangehörigen polnischer Herkunft oder Sprache, die zu Hause, in der Privatschule oder in privaten polnischen Anstalten Unterricht genießen, werden von der Verpflichtung zum Besuch der öffentlichen Schulen oder Anstalten befreit.

Artikel 12.

Falls in Danzig den privaten Schulen und Erziehungsanstalten jeder Art und jeden Grades Beihilfen irgendwelcher Art gewährt werden, die aus öffentlichen Mitteln (mit Ausnahme der Fälle, in denen es sich um privatrechtliche Verpflichtungen handelt), entnommen werden, sollen auch den gleichartigen Privatschulen mit polnischer Unterrichtssprache Zuzahlung bewilligt werden.

C. Mittlerer und höherer Unterricht.

Artikel 13.

1. Wenn der Unterricht in den in Artikel 10 vorgesehenen Privatschulen mit polnischer Unterrichtssprache dem Unterricht in den öffentlichen Mittels- oder höheren Schulen der Freien Stadt Danzig entspricht, wird die Freie Stadt Danzig diesen Schulen

die Rechte von gleichgearteten öffentlichen Schulen

verleihen („Staatliche Anerkennung“). Diese Rechte betreffen gleichfalls die von diesen ausgestellten Zeugnisse.

2. Dem bereits in Danzig bestehenden polnischen Privatgymnasium werden die unter 1 vorgezeichneten öffentlichen Rechte ohne weitere Formalität zuerkannt.

Der Senat behält sich das Recht vor, durch Vertreter die Prüfungen und die Ausstellung der Zeugnisse zu überwachen.

D. Obligatorischer Fach- und Fortbildungsunterricht.

Artikel 14.

1. Um dem Danziger Staatsangehörigen polnischer Herkunft oder Sprache den Gebrauch ihrer Muttersprache auch bei dem Fortbildungs-Fachunterricht zu gewährleisten, werden Klassen mit polnischer Unterrichtssprache zu denselben Bedingungen wie solche mit deutscher Unterrichtssprache errichtet werden, vorausgesetzt, daß

für solche Klassen mindestens 25 Danziger Staatsangehörige polnischer Herkunft

oder Sprache in den Städten und 15 auf dem Lande eingetragen worden sind.

Polnische Staatsangehörige und andere Personen polnischer Herkunft und Sprache dürfen diese Klassen ebenfalls besuchen.

2. Fall entsprechend Artikel 10 Privatschulen bzw. Klassen eingerichtet werden, deren Besuch den obligatorischen Fortbildungsunterricht in den öffentlichen Schulen ersetzt, so werden diesen Schulen bzw. Klassen die Rechte der öffentlichen Schulen („Staatliche Anerkennung“) verliehen werden.

E. Technische Hochschule.

Artikel 15.

Die polnischen Staatsangehörigen und anderen Personen polnischer Herkunft oder Sprache werden an der Technischen Hochschule in Danzig dieselbe Behandlung erfahren wie die Danziger Studenten deutscher Nationalität.

F. Diplome.

Artikel 16.

Die Freie Stadt Danzig verpflichtet sich, die entsprechenden Zeugnisse und Diplome der höheren Schulen und Lehranstalten, die in Polen erworben sind, anzuerkennen und aus diesem Grunde der Ausübung von Berufen, zu denen diese Zeugnisse und Diplome berechtigen, kein Hindernis in den Weg zu stellen.

Dies bezieht sich auch auf Zeugnisse von Handwerksverbänden und anderen Berufsverbänden.

Was die Juristen anbetrifft, so sollen die polnischen Diplome unter der Bedingung anerkannt werden, daß die in Frage kommenden Juristen ergänzende Studien im Danziger Recht durchgemacht haben und in dieser Hinsicht gleichwertige Zeugnisse besitzen.

Die Regelung dieser Frage berührt in keiner Weise das Recht der Freien Stadt, im Rahmen der Verfassung und der geltenden Abkommen und Vereinbarungen die Zulassung zum Danziger Arbeitsmarkt hinsichtlich aller Berufe zu regeln.

G. Sprache.

Artikel 17.

1. Die Freie Stadt Danzig gewährleistet den freien Gebrauch der polnischen Sprache sowohl in den persönlichen als auch den wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen. Das bezieht sich auf den Gebrauch der polnischen Sprache in der Presse, bei Veröffentlichungen jeglicher Art als auch bei öffentlichen und privaten Versammlungen (réunions).

2. Die Freie Stadt Danzig gewährleistet sowohl die Freiheit als auch die tatsächliche Möglichkeit, sich in polnischer Sprache an die Behörden zu wenden: Verwaltungsorgane, Gerichtsbehörden, städtische Behörden und andere öffentliche Organe.

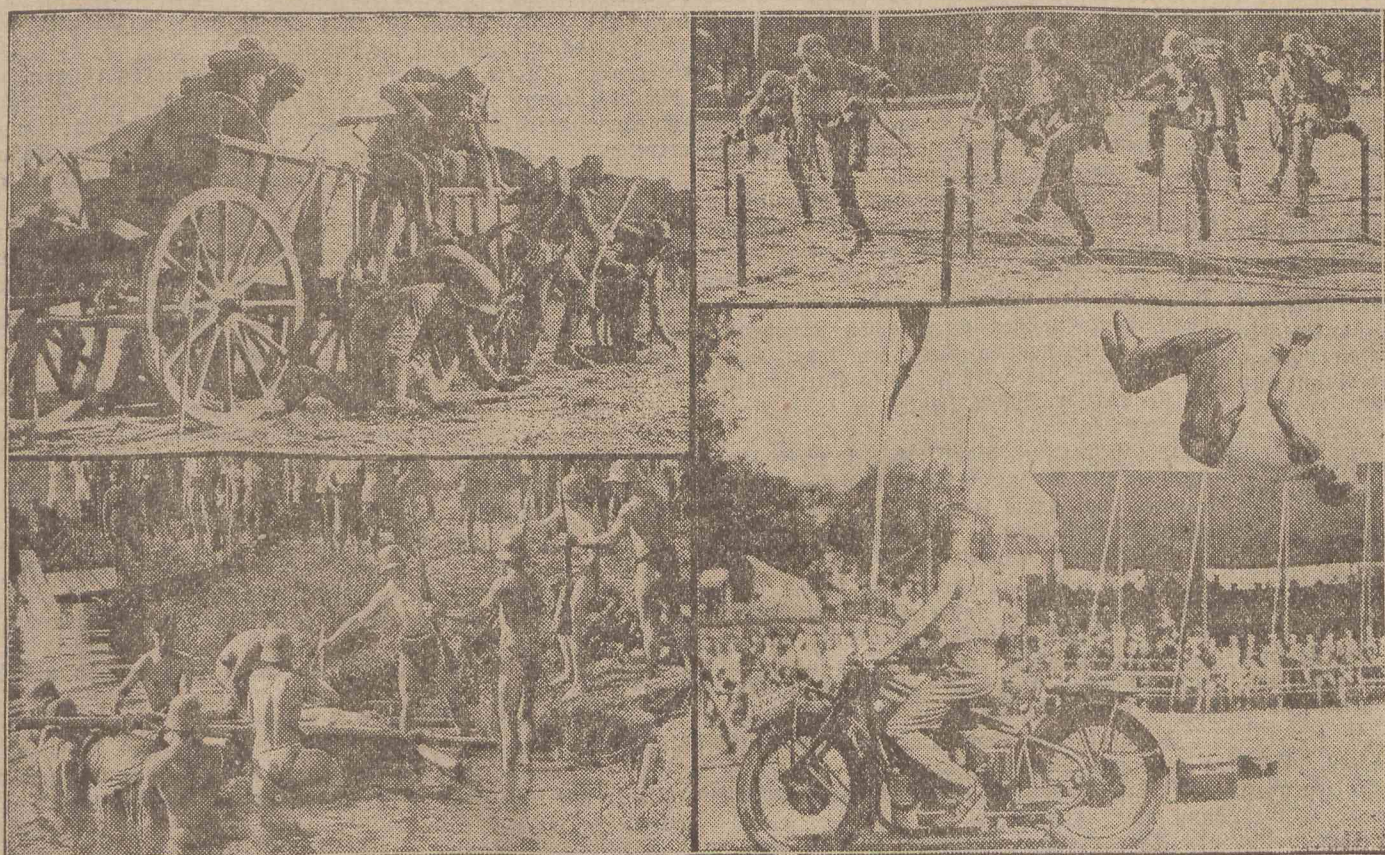
Jede schriftliche Eingabe oder mündliche Erklärung, die in polnischer Sprache eingereicht bzw. vor den Danziger Behörden abgegeben werden, wird materiell dieselbe Rechtswirkung haben wie die Eingaben oder Erklärungen in deutscher Sprache. Die in polnischer Sprache vor den Behörden abgegebenen mündlichen Erklärungen werden, soweit die Bedeutung der Erklärung es erfordert, in dieser Sprache in das Protokoll aufgenommen werden.

Die Personen, die sich in polnischer Sprache an die Behörden wenden, ebenso wie die Prozessparteien, die sich der polnischen Sprache bedienen, können unverszüglich und kostenlos die Übersetzung des Tenors der Antworten (dispositif des réponses), der Entscheidungen oder der Urteile der Behörden oder der Gerichte erhalten. Diese Bestimmungen beeinträchtigen nicht die Rechte, die der polnischen Sprache in den besonderen Bestimmungen der Danziger Gesetze eingeräumt worden sind.

Die Bestimmungen dieses Artikels sind in vernünftiger Weise ausulegen und lassen keinerlei Beschränkungen zu.

Ein Querschnitt durch die deutschen Heeresmeisterschaften.

die jetzt in Kassel durchgeführt wurden: (links, oben) im 800-Meter-Hindernislauf muß in voller Ausrüstung auch dieser Wagen genommen werden — (links, unten) Reichswehrsoldaten nur mit Badehose und Stahlhelm bekleidet, haben sich ein Floß zusammengezimmert, um einen Fluß zu überqueren — (rechts oben) ein Stadelbratverhan wird durchquert — Akrobatik auf dem Motorrad: von der fahrenden Maschine wird ein Salto rückwärts ausgeführt.



tung der Freien Stadt für eine zweisprachige Verwaltung zu.

H. Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 18.

1. Die Danziger Staatsangehörigen, die im Dienste polnischer Behörden und Dienststellen auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig stehen, genießen absolute Freiheit hinsichtlich der Auswahl der Schulen für ihre Kinder. Seitens der polnischen Behörden und Dienststellen darf auf die Auswahl keinerlei Einfluss ausgeübt werden. Die Angestellten dürfen wegen der Ausübung der freien Wahl der Schule keinen Nachteil hinsichtlich des Dienstes erleiden.

2. Die Freie Stadt Danzig übernimmt hinsichtlich der Personen polnischer Herkunft oder Sprache, die in ihrem Dienste stehen, die gleiche Verpflichtung.

Artikel 19.

Die Parteien behalten sich beim Abschluss dieser Vereinbarung ihren Rechtsstandpunkt vor.

Artikel 20. (Kündigungsklausel.)

Danzig, am 5. August 1933.

Für die Republik Polen Für die Freie Stadt Danzig
gez. P. gez. Dr. R.

Anrede

Ich beantrage als Erziehungsberechtigter des — der — poln. Abstammung oder Muttersprache, daß in eine Schule oder Klasse mit polnischer Unterrichts-Klasse aufgenommen wird.

Sollte diesem Antrage nicht stattgegeben werden können, so gilt er als Antrag auf Aufnahme in eine Abteilung für poln. Sprach- und Religionsunterricht.

Name (Vorname)
Beruf
Wohnung

denken, sondern auch Hochschullehrer und ferner Arbeiter der verschiedenen Berufe zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden werden.

Zwischen Hochschullehrer und Student soll wieder jenes geistige Vertrauensverhältnis geschaffen werden, das der Kameradschaft im politischen Kampf entspricht.

Außerdem soll im Lager, wo sich die Möglichkeit dazu bietet, durch Begegnung der Studenten mit den im Dienst stehenden Arbeitern die Grundlage für eine dem wirtschaftlichen Beruf entsprechende Studienreform von der Hochschule geschaffen werden. Gleichzeitig soll der Geist des Arbeitslagers, der auf dem

Sozialismus der Ehre und der Leistung

kommt, eine entsprechende Vertiefung erhalten. Schließlich soll der künftige Fachschaftsleiter von den Mitarbeitern der Führung der deutschen Studentenschaft in die Hochschulpolitische Arbeit geführt werden.

Der reichsdeutsche C. V. und die österreichischen C. V.-Korporationen

Zugleich Verbindung bekanntlicher Weise gelöst.

Das halbamtliche deutsche Contibüro meldet: Der Kartellverband der katholischen farbentragenden Verbindungen (C. V.) hat sich jetzt, wie der Führer des C. V., Landtagsabgeordneter Rechtsanwalt Jorischbach, in der gestrigen Sitzung der studentischen Verbände auf dem Studententag erklärte, von den ehemaligen C. V.-Korporationen in Österreich nicht nur organisatorisch getrennt, sondern

auch jede geistige Gemeinschaft mit ihnen gelöst.

Der Konflikt innerhalb des C. V. ist, wie bereits vor einigen Tagen mitgeteilt, dadurch entstanden, daß die österreichischen C. V.-Korporationen sich der vaterländischen Front angeschlossen und damit sich gegen den Nationalsozialismus gestellt haben. Es ist angeordnet worden, daß sämtliche reichsdeutschen Mitglieder der ehemaligen C. V.-Korporationen unverzüglich ihren Austritt zu erklären haben.

Jede Beziehung akademischer oder studentischer Art zu den früheren C. V.-Korporationen in Österreich ist den Mitgliedern des C. V. bei Strafe des Ausschlusses verboten.

Programm des Deutschlandsenders

10.10: Schluß. Als man unsere Heimat nahm (H. Gutzmann) (für Schüler vom 10. Lebensjahre ab.) — 11.45: N. Stank: „Von Knurrhirschen-Domptieren und anderen Schindeln.“ — 14.40: Werke von Chopin. Am Flügel: Artur Bogdanoff. — 15.00: Jungmädchenstunde. Drei Generationen erleben Geschichte (Dreisprache). — 15.45: Dichter lesen: „Kleine Reise“ von P. Albrecht (B. v. Emden). — 16.00: Konzert. — 17.00: F. Köpfe: „Hilfsjugend und Lehrerschaft.“ — 17.35: Musikalische Kammermusik für Oboe. — 18.00: Das Gedicht. — 18.05: Unterhaltungsmusik. Kapelle Nera Monti. — 18.30: Dämmerstücken mit H. Deppe. — 19.00: Reichsendung: Stunde der Nation: Deutsche Balladen. — 20.00: Kernspruch: Anst. Dübals-Gumb. — 20.10: Stunde der Arbeit. C. Moog: „Entweder — oder.“ (Sprecher: H. Weinreich). — 20.30: Neue deutsche Unterhaltungsmusik. Kapelle Sonntag. Als Einlage: „Scharrvogel-Gewitter.“ Musikalische Szenen von G. Mühlen-Schulte. (C. Rex). — 22.00—23.00: Tanzmusik.

Das Uebereinkommen über die Hafenfrage

Der Senat der Freien Stadt Danzig und die polnische Regierung sind, von dem Wunsch befeuert, die kritischen Fragen im Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen zu regeln, unter den Auspizien des Hohen Kommissars des Völkerbundes über folgendes Uebereinkommen:

1. Der Senat der Freien Stadt Danzig und die polnische Regierung sind sich darüber einig, daß das vor den Instanzen des Völkerbundes in der Frage der Ausnutzung des Danziger Hafens schwebende Verfahren

für die Dauer dieses Uebereinkommens eingestellt werden soll.

2. Die polnische Regierung wird unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den Rückgang des seewärtigen Verkehrs (Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr), der gegenwärtig über den Hafen von Danzig geht, unter Berücksichtigung der Quantität und der Qualität der Waren zu verhindern.

Die polnische Regierung wird in Zukunft dem Hafen von Danzig, soweit dies in ihrer Macht liegt, eine gleiche Beteiligung an dem seewärtigen Verkehr (Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr) unter Berücksichtigung der Quantität und der Qualität der Waren sichern. Die Parteien verpflichten sich, zu diesem Zweck durch Zusammenkünfte in regelmäßigen Zeitabständen ständig in Fühlung zu bleiben.

Der Senat der Freien Stadt Danzig wird im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Freien Stadt mit der polnischen Regierung an der Förderung des direkten seewärtigen Verkehrs zusammenarbeiten.

Das Schluß-Protokoll.

Der Senat der Freien Stadt Danzig und die polnische Regierung kommen überein, daß jede der Parteien bis zum 15. September d. J. das Recht hat, den Hohen Kommissar zu bitten, in der Frage der Ausnutzung des Danziger Hafens das Verfahren wieder aufzunehmen, das in dem Beschluß des Völkerbundes vom 10. Mai 1932 in Aussicht genommen ist. In diesem Falle wird das Uebereinkommen vom 5. August 1933 als hinfällig angesehen.

Falls die Parteien auf das im Absatz 1 in Aussicht genommene Verfahren nicht vor dem 15. September zurückgreifen, wird das Uebereinkommen über die Behandlung der polnischen Staatsangehörigen und anderer Personen polnischer Herkunft oder Sprache auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig, das heute paraphiert worden ist, unterzeichnet werden und mit dem 15. September 1933 in Kraft treten.

Danzig, den 15. August 1933.

Für die Republik Polen.

gez. Papée.

Für die Freie Stadt Danzig.

gez. Dr. Kaufmann.

Der Kampf gegen den Kommunismus

Überall Verhaftungen.

In Reddinghausen wurde eine Frau wegen kommunistischer Umtriebe festgenommen. In Buerhaffel kam die Staatspolizeistelle kommunistischen Flugblattverteilern auf die Spur. Zwei Männer wurden gefaßt. Ein weiterer Propagandist wurde in Westerbolt hinter Schloß und Riegel gefaßt. In Vottrup entfalteten die Kommunisten im geheimen noch immer eine rege Tätigkeit. Drei Funktionäre wurden von der Polizei gefaßt. Vier Trommelrevolver und ein Jagdgewehr wurden beschlagnahmt. In einem Wäldchen in Vottrup wurde in der Nähe der Seiche „Rheinbaben“ eine 7,5 cm Granate gefunden und von der Polizei beschlagnahmt. Die Granate kann erst in der letzten Zeit von den Kommunisten an den Fundort gebracht worden sein. In Gelsenkirchen erfolgten neue Festnahmen wegen kommunistischer Umtriebe. Einer der Festgenommenen war im Besitze hochverräterischen Materials, bei einem anderen wurden zwei Trommelrevolver beschlagnahmt.

Umfangreiche Ermittlungen und Beobachtungen der Bonner politischen Polizei führten zur Festnahme von 27 Kommunisten, die in der letzten Zeit vermocht hatten, die kommunistische Partei neu entstehen zu lassen. Weiter-

hin stellte die Polizei eine große Menge Flugblätter und Plakate sicher.

Im Zusammenhang mit der vor einigen Tagen in Stendal von der politischen Polizei entdeckten Organisation der KPD wurden Montag in Burg bei Magdeburg weitere 41 Kommunisten festgenommen. Im Laufe der Ermittlungen wurden Waffen und Sprengkörper beschlagnahmt.

Am Montag wurde auch in Breslau, wie die nationalsozialistische „Schlesische Tageszeitung“ meldet, eine neue große Aktion der Polizei mit Unterstützung der SA durchgeführt, bei der 23 Kommunisten festgenommen wurden. Bei der Durchsuchung von Wohnungen und Schrebergärten wurden illegale Schriften sowie Fieberwaffen beschlagnahmt.

Was durch das Wissenschaftslager erreicht werden soll

Berlin. Ueber Errichtung des ersten Wissenschaftslagers in Lütchen in der Ostsee, das als neuer Lagertyp die Aufgabe hat, die künftigen studentischen Fachschaftsleiter auf ihren verantwortungsvollen Dienst vorzubereiten, erfährt das WZ-Büro, daß sich in diesen Lagern nicht nur Stu-

und trotzdem noch immer kein Ende abzusehen ist.

Auch die ersten Meldungen für die Ostland-Treuefahrt sind bereits auf Grund der Zeitungsmeldungen eingelaufen, und zwar zu einer Zeit, in der die Ausschreibung noch gar nicht in den Händen der Meldenden sein konnte. So liegen z. B. beim Arbeitsausschuß Schreiben vor, in denen es heißt: „Als Deutscher halte ich es für meine Pflicht, mich an der von Ihnen veranstalteten Ostland-Treuefahrt unter allen Umständen zu beteiligen, um so unseren deutschen Volksgenossen in Ostpreußen unsere Verbundenheit und Treue kundzutun. Bitte merken Sie sich für die Fahrt vor.“

Große Firmen teilen schon jetzt die Nennung von mindestens einer Sendbotenmannschaft mit und bitten um Zufassung der vorgeschriebenen Nennungs-Formulare. Auch das ist ein Novum.

Die Reichsregierung fördert die Treuefahrt, für die zum ersten Male Deutschlands vereinte Kraftfahrerverbände als Veranstalter zeichnen,

in großzügigster Weise. Staatssekretär Funk vom Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda, der selbst an der Fahrt teilnimmt, hat die Veranstalter wissen lassen, daß er ihnen alle nur denkbaren Erleichterungen für die Durchführung und die Fahrt selbst verschaffen würde, um auch seinerseits der Treuefahrt zu einer gewaltigen Rundgebung aller deutschstämmigen Kraftfahrer für Ostpreußen zu verhelfen.

Deutschlands vereinte Benzinfirmen wollen auch ihrerseits durch Vergabe verbilligten Betriebsstoffes für die Teilnehmer zu dem Gelingen der Fahrt beitragen. Darüber hinaus ist auch von dieser Seite bereits die Teilnahme von Sendbotenmannschaften zugesagt.

Man kann also schon heute sagen, daß die Ostland-Treuefahrt ein Bekanntnis Deutschlands zum abgetrennten deutschen Osten sein wird, wie es machtvoller und einheitlicher kaum gedacht werden kann.

Meldungen sind zu richten an: Arbeitsausschuß der Ostland-Treuefahrt, Berlin W. 62, Langgroschenstraße 18, Fernruf B 5 Barbarossa 9131, wo auch alle Auskünfte erteilt werden.

Teilnahme der Danziger Kraftfahrer

An dieser Fahrt, an der jeder deutsche Kraftfahrer, auch ohne Klubzugehörigkeit teilnehmen kann, werden sich auch die Danziger Automobilisten beteiligen. Der ADAC Danzig ist mit der Organisation dieser Fahrt, soweit sie sich auf Danzig bezieht, betraut worden und hat sich zu diesem Zwecke an den Senat gewandt, in dessen Namen Vizepräsident Greiser dem Unternehmen die weitgehende Unterstützung der Danziger Regierungsstellen zugesagt hat.

Am Sonntag, den 27. August früh erfolgt die geschlossene Abfahrt der Teilnehmer wahrscheinlich vom Heumarkt aus, wo Vizepräsident Greiser voraussichtlich noch eine kurze Ansprache halten wird. In Elbing sammeln sich dann die Fahrer, um gemeinsam nach Königsberg weiter zu fahren. Die Rückfahrt der Fahrer erfolgt am folgenden Dienstag.

Maurermeister

Eberhart und sein Sohn

Roman von O. Hanstein
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle.

So wurde sie langsam auch wieder ruhiger — nur daß sie sich bisweilen dabei ertappte, daß es ihr eigentlich wehe tat, daß er auch an ihr so vollkommen vorbeigab —

Es waren einige Wochen vergangen und der heutige Morgen angebrochen. Kommerzienrat Möfke war nicht wohl, und er hatte erklärt, daß er am Nachmittag nicht kommen würde, da hatte sie sich ein Herz gefaßt und gebeten, ob sie nicht am Vormittag eine Stunde länger arbeiten und dafür nachmittags daheim bleiben dürfe, sie hätten ein Familienfest.

„Wer natürlich, mein Kind, natürlich! Sie bitten ja nie um etwas. Ich werde meinem Sohne Bescheid sagen.“

Dann war er gegangen, und sie saß in freudiger Erwartung des freien Nachmittags, den sie Adolf widmen wollte, über ihren Büchern.

Es war Mittagsstunde und die übrigen Zusassen des Büros fortgegangen, nur sie hielt ihre Ueberstunden. Da kam Walter Möfke herein und setzte sich zunächst an seinen Schreibtisch. Wie dumm ihr Herz wieder war, daß es bei dem Gedanken pochte, daß sie jetzt in dem großen Büro ganz allein mit ihm war. Sie zwang sich, noch eifriger zu arbeiten und schaute nicht auf, dann aber hob sie doch einmal unwillkürlich ihren Blick zu ihm herüber — sie sah, wie er längst die Feder hatte sinken lassen und mit großem, lächelnden, fragenden Blick zu ihr hinüberlachte.

Wieder schob ihr das Blut in die Wangen, und sie senkte schnell die Augen über ihre Arbeit, er sprang auf und setzte sich auf die Kante ihres Tisches.

„Also Sie wollen bei dem schönen Wetter blau machen?“

Der Ton beleidigte sie eigentlich.

„Ich habe dem Herrn Kommerzienrat gesagt, daß ein Familienfest.“

Er wippte das Kinn in der Hand und sah sie aus halb geschlossenen Augen an.

„Ich möchte eigentlich auch gern mit Ihnen einmal ein Familienfest feiern.“

„Wie meinen Sie das, Herr Möfke?“

„Herrgott, essen Sie mich nur nicht gleich auf! Ich meine — sagen Sie einmal Fräulein — leider habe ich ihren Namen vergessen, warum sind Sie nur so furchtbar spröde?“

„Herr Möfke — ich.“

Er ließ sich nicht beirren, und während ihr der Schreck in die Glieder fuhr und sie nach Worten rang, fuhr er lächelnd fort.

„Wissen Sie nicht, daß es ein altes Sprichwort gibt, das besagt, daß verbundene Früchte am meisten reizen? Sie werden mich doch nicht glauben machen, daß so ein hübsches Mädchen wie Sie eine Nonne ist? Oder sind Sie vielleicht in festen Händen?“

Jetzt sprang sie empört auf.

„Herr Möfke, ich verbitte mir!“

„Aber kleiner Käfer, du weißt ja gar nicht, wie hübsch du jetzt bist.“

Mit schnellem Griff hatte er ihre Schultern umfaßt und bog seinen Mund herab, um sie zu küssen, als sie ihn mit einem kräftigen Ruck von sich stieß.

„Herr Möfke, schämen Sie sich.“

„Warum so dramatisch? Wir haben uns ja doch schon irgendeinmal gesehen. Ich weiß nur nicht, wo aber ich habe es gleich am ersten Tage gewußt und Sie haben mich auch erkannt.“

„Um so mehr sollten Sie sich schämen, Herr Möfke, die Schwester Ihres einstigen Schulkollegen zu beschimpfen.“

Sie stand mit flammenden Augen vor ihm.

„Ich habe Sie nur noch zu bitten, Ihrem Herrn Vater zu sagen, daß ich meine Stellung kündige und um meine sofortige Entlassung bitte.“

Sie hatte Hut und Jacke vom Nagel gerissen und war, ehe er sie halten konnte, hinausgestürzt. Verwundert, und wie sie glaubte, ironisch lachend, hatten ihr die Verkäuferinnen nachgeschaut, wie sie jetzt durch den Laden stürzte. Erst draußen setzte sie schnell den Hut auf und sprang in eine Droschke.

Sie brauchte den ganzen Weg bis zur Großbeerstraße, um sich zu beruhigen und sich soweit in die Gewalt zu bekommen, daß sie wenigstens im ersten Augenblick dem Bruder und der Mutter gegenüberzutreten konnte, ohne sich zu verraten.

Jetzt aber saß sie auf dem Sofa und weinte vor sich hin. Sie hätte sterben mögen. Mit einem Male war ihr ganzes Leben zusammengebrochen. Zum ersten Male war ihr weißlicher Stolz verkehrt, ihre Würde mit Füßen getreten und das gerade von ihm — von dem ersten, dem einzigen Mann, den sie, wenn auch nur in den verborgensten Gedanken ihrer Seele geliebt hatte — denn nie hatte sie es so klar, so bitter gefühlt, daß sie Walter Möfke liebte.

„Vottchen!“

Sie fuhr auf. Adolf, der ja noch immer einen Schlüssel zur Wohnung hatte, wenn er ihn auch nie gebraucht, war heute leise hereingekommen. Jetzt saß er neben ihr und hielt sie umschlungen.

„Geschlafen, Schwesterchen? Denk dir — niemand soll es ja früher erfahren wie du —, eben hab ich diese getroffen. Wir sind einig — am Sonntag darf ich zu ihrem Vater kommen und um sie werden. Vottchen, mein Schwesterchen, ich bin ja so ganz unheimlich glücklich! Aber Kindchen, du sagst ja nichts? Herrgott, was ist denn? Du weinst ja!“

Sie preßte die Arme um seinen Hals, und schluchzte in hilflosem Jammer.

Zuerst glaubte er, es sei Nüchternheit über sein Glück; dann aber erlachte er.

„Aber Vottchen, Liebchen, was ist denn nur Los?“

„Adolf, ich bin ja so unansprechlich unglücklich!“

„Unglücklich — du?“

„Ich kann es dir ja gar nicht sagen!“

„Aber du mußt es mir sagen. Wenn denn sonst, wenn nicht mir. Weiß denn Mutter —?“

„Um Gottes willen.“

„Dann sprich doch.“

Er war selbst ganz erregt, und mußte nicht, was er aus alledem machen sollte.

Votte suchte ihre Tränen hinunterzubringen, und begann zu sprechen. Langsam — ruckweise von Schluchzen unterbrochen. Adolf hörte in wachsendem Borne zu.

„Der elende Bengel! Er hat es gewagt? Möfke?“

Walter Möfke; wart, Schwesterchen, das soll er mir büßen!“

Er war aufgesprungen, und lief mit großen Schritten auf und nieder. Gut, daß Frau Klementine heute so fest schlief, sonst wäre sie sicher erwacht. Votte war rasch aufgestanden. Ein neuer Schreck war über sie gekommen, und angstvoll sah sie den Bruder an.

„Um Gottes willen, was willst du tun?“

„Ich glaube, da gibt es wohl keine Frage, oder denkst du, ich habe so wenig Ehre im Reibe, daß ich meine Schwester ungekränkt beleidigen lasse? Natürlich werde ich ihn fordern.“

„Adolf!“

„Das ist doch selbstverständlich.“

„Er wird dich töten!“

„Das ist noch sehr in Frage gestellt; ich denke, ich stehe auch meinen Mann.“

„Und ihn darfst du auch nicht töten. Hörst du — Adolf!“

Er blickte in ihre entsetzten Augen, und plötzlich begriff er.

„Armes Vottchen — du liebst ihn?“

Er zog sie an sich, und freigestellte ihre Wangen.

„Wie kann ich ihn lieben — ich habe ja fast noch nie mit ihm gesprochen, und er ist ja so schlecht!“

(Fortsetzung folgt).

Präsident Dr. Raushning zu den Einzelfragen der Danzig-polnischen Abmachungen

Wir sehen an dieser Stelle die Ausführungen des Senatspräsidenten Dr. Raushning in der Volkstagsitzung vom Dienstag, den 8. August, fort, nachdem wir den ersten Teil schon auf Seite 1 und 2 unserer heutigen Ausgabe brachten. Präsident Dr. Raushning fuhr fort:

Ich komme nunmehr zu den einzelnen Fragenkreisen. Die beiden Regierungen gingen bei der Abgrenzung der zunächst zu vereinbarenden Streitfälle davon aus, daß sie einer gewissen Lösung entgegengerichtet wären.

Es war indessen notwendig, ein derartiges Fragenpaß aufzustellen, daß der Zweck einer ersten, wenn auch

zunächst nur vorläufigen Gesamtbereinigung zum Ausdruck kam.

Dies bestimmte die Auswahl. Außer einigen diplomatischen Fragen, in denen es bald gelang, eine Einigung zu erzielen, waren es die Fragen der Behandlung polnischer Staatsangehöriger und anderer Personen polnischer Herkunft auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig, die der vollen Ausnutzung des Danziger Hafens bzw. der Frage Danzig-Gödingen und der Frage des freien Warenverkehrs über die Danzig-polnische Grenze, die in den letzten Wochen zur Verhandlung standen.

Von diesen Fragekreisen ist von besonderer grundsätzlicher Bedeutung die über die Behandlung der polnischen Minderheiten in Danzig.

Die Behandlung der deutschen Minderheit in Polen

Die ursprünglich von Polen durch seine Note vom 30. September 1930 erhobene Forderung über eine sehr weitgehende Ausgestaltung der polnischen Minderheitenrechte in Danzig hat ihre Erledigung durch die Genfer Abmachung im November 1932 gefunden, worin Polen die Note zurückgezogen hat. Auf der Basis des Gutachtens vom 4. Februar 1932 sind dann neue Verhandlungen eingeleitet worden, die ihren Abschluß in dem vorliegenden Abkommen (accord) gefunden, das einen Teil der am vorigen Sonnabend, den 5. August 1933, erzielten Verständigung bildet. Darin sind

die Minderheitenfragen nunmehr in drei Punkten einer verfassungsmäßigen Regelung unterworfen,

nämlich auf dem Gebiete des Schulwesens (einschließlich der höheren Schule und der Hochschule), hinsichtlich der Anerkennung der polnischen Zeugnisse und Diplome und hinsichtlich der Anwendung der polnischen Sprache in Danzig.

Die Schulfrage

Nach dem Haager Gutachten hatte die Freie Stadt lediglich die Verpflichtung, aus Artikel 33 des Pariser Vertrages auf die polnischen Minderheiten die Regelung anzuwenden, die im Kapitel 1 des zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Polen am 28. Juni 1919 geschlossenen Vertrages vorgesehen ist. So wie diese Regelung in Polen von der polnischen Regierung tatsächlich gehandhabt wird, und in Geseßgebung und Verwaltung jede unterschiedliche nachteilige Behandlung zu vermeiden, sei es, daß Danzig auf die Minderheiten Bestimmungen anwendet, die denen ähnlich sind, die die polnische Regierung in Polen auf die Minderheiten anwendet, sei es, daß Danzig den genannten Minderheiten weitergehende Rechte gewährt.

Die getroffene Vereinbarung über die Minderheiten geht weit über diese Regelung hinaus.

Danzig hat auch bei der Behandlung im einzelnen darauf gehalten, kleinliche Streitpunkte endgültig zu beseitigen, ebenso wie darauf Bedacht zu legen war, daß Danzig durch das Abkommen keine neuen finanziellen Lasten zu übernehmen hätte, die gegenüber der Danziger Finanzlage untragbar gewesen wären.

Im einzelnen ist zu den drei Punkten zu bemerken: Durch das Danziger Gesetz vom 20. 12. 21 sind der polnischen Minderheit bereits

Rechte zur Bildung von Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache

gewährt. Die in diesem Gesetz der Minderheit gewährten Rechte sind durch den Vertrag nunmehr neu verankert und weiter ausgebaut. Zu erwähnen wäre, daß in Zukunft eine Schule mit polnischer Unterrichtssprache nur dann wieder geschlossen werden kann, wenn die vorgeschriebene Zahl von 40 Kindern 3 Jahre lang nicht mehr vorhanden ist, während bisher eine solche Frist von 3 Jahren nicht vorgesehen war. Polnische Schulen können sich, wenn die Zahl von 40 Kindern nicht erreicht wird, in Lehrgänge mit polnischer Sprache umwandeln. Bei derartigen Umwandlungen sollen den beteiligten Eltern Erleichterungen gewährt werden. Die gleichen Rechte, die die Elternschaft der Schule mit deutscher Unterrichtssprache haben, sollen auch den Eltern der Schulen mit polnischer Sprache gewährt werden.

Von Wichtigkeit sind

die Vorschriften über die Privatschulen.

Danzig hat hier der polnischen Minderheit die Freiheit gegeben, Privatschulen nach ihrem Ermessen zu bilden. Auf der anderen Seite ist jedoch festgelegt, daß diese Privatschulen in vollem Maße der Schulaufsicht des Senats unterliegen, auch insofern, als nichts gelehrt werden darf, was gegen den Danziger Staat gerichtet ist.

Auf dem Gebiete der höheren und Mittelschulen ist der polnischen Minderheit ebenfalls das Recht gegeben worden, Privatschulen zu bilden.

Das bestehende polnische Gymnasium wird als solches anerkannt und die von ihm ausgestellten Zeugnisse sollen im Gebiet der Freien Stadt Danzig dieselbe Bedeutung haben, wie die Zeugnisse der übrigen Danziger Schulen.

Ein Entgegenkommen hat die Danziger Regierung auch auf dem Gebiete des Berufsschulwesens gezeigt. Hier sollen Klassen mit polnischer Unterrichtssprache gebildet werden, wenn die entsprechende Schülerzahl vorhanden sein sollte.

Von großer Bedeutung ist im übrigen die Bestimmung, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter der polnischen Behörden, insbesondere der polnischen Eisenbahnen, soweit sie die Danziger Staatsangehörigkeit besitzen, in der Wahl der Schulen, in die sie ihre Kinder schicken wollen, absolute Freiheit genießen sollen. Es soll keinerlei Einfluß in dieser Beziehung durch die Behörden und polnischen Dienststellen ausgeübt werden. Den Beamten, Angestellten und Arbeitern darf durch Ausübung dieser ihnen gewährten Freiheit keinerlei dienstliche Nachteile erwachsen. Danzig hat eine gleiche Verpflichtung übernommen gegenüber den Personen polnischer Abstammung und Muttersprache, die im Dienst Danziger Behörden stehen.

Ueber die Anerkennung polnischer Zeugnisse und Diplome und der Anwendung der polnischen Sprache in Dan-

Die Behandlung der deutschen Minderheit in Polen

Die ursprünglich von Polen durch seine Note vom 30. September 1930 erhobene Forderung über eine sehr weitgehende Ausgestaltung der polnischen Minderheitenrechte in Danzig hat ihre Erledigung durch die Genfer Abmachung im November 1932 gefunden, worin Polen die Note zurückgezogen hat. Auf der Basis des Gutachtens vom 4. Februar 1932 sind dann neue Verhandlungen eingeleitet worden, die ihren Abschluß in dem vorliegenden Abkommen (accord) gefunden, das einen Teil der am vorigen Sonnabend, den 5. August 1933, erzielten Verständigung bildet. Darin sind

die Minderheitenfragen nunmehr in drei Punkten einer verfassungsmäßigen Regelung unterworfen,

nämlich auf dem Gebiete des Schulwesens (einschließlich der höheren Schule und der Hochschule), hinsichtlich der Anerkennung der polnischen Zeugnisse und Diplome und hinsichtlich der Anwendung der polnischen Sprache in Danzig.

Die Schulfrage

Nach dem Haager Gutachten hatte die Freie Stadt lediglich die Verpflichtung, aus Artikel 33 des Pariser Vertrages auf die polnischen Minderheiten die Regelung anzuwenden, die im Kapitel 1 des zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Polen am 28. Juni 1919 geschlossenen Vertrages vorgesehen ist. So wie diese Regelung in Polen von der polnischen Regierung tatsächlich gehandhabt wird, und in Geseßgebung und Verwaltung jede unterschiedliche nachteilige Behandlung zu vermeiden, sei es, daß Danzig auf die Minderheiten Bestimmungen anwendet, die denen ähnlich sind, die die polnische Regierung in Polen auf die Minderheiten anwendet, sei es, daß Danzig den genannten Minderheiten weitergehende Rechte gewährt.

Die getroffene Vereinbarung über die Minderheiten geht weit über diese Regelung hinaus.

Danzig hat auch bei der Behandlung im einzelnen darauf gehalten, kleinliche Streitpunkte endgültig zu beseitigen, ebenso wie darauf Bedacht zu legen war, daß Danzig durch das Abkommen keine neuen finanziellen Lasten zu übernehmen hätte, die gegenüber der Danziger Finanzlage untragbar gewesen wären.

Im einzelnen ist zu den drei Punkten zu bemerken: Durch das Danziger Gesetz vom 20. 12. 21 sind der polnischen Minderheit bereits

Rechte zur Bildung von Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache

gewährt. Die in diesem Gesetz der Minderheit gewährten Rechte sind durch den Vertrag nunmehr neu verankert und weiter ausgebaut. Zu erwähnen wäre, daß in Zukunft eine Schule mit polnischer Unterrichtssprache nur dann wieder geschlossen werden kann, wenn die vorgeschriebene Zahl von 40 Kindern 3 Jahre lang nicht mehr vorhanden ist, während bisher eine solche Frist von 3 Jahren nicht vorgesehen war. Polnische Schulen können sich, wenn die Zahl von 40 Kindern nicht erreicht wird, in Lehrgänge mit polnischer Sprache umwandeln. Bei derartigen Umwandlungen sollen den beteiligten Eltern Erleichterungen gewährt werden. Die gleichen Rechte, die die Elternschaft der Schule mit deutscher Unterrichtssprache haben, sollen auch den Eltern der Schulen mit polnischer Sprache gewährt werden.

Von Wichtigkeit sind

die Vorschriften über die Privatschulen.

Danzig hat hier der polnischen Minderheit die Freiheit gegeben, Privatschulen nach ihrem Ermessen zu bilden. Auf der anderen Seite ist jedoch festgelegt, daß diese Privatschulen in vollem Maße der Schulaufsicht des Senats unterliegen, auch insofern, als nichts gelehrt werden darf, was gegen den Danziger Staat gerichtet ist.

Auf dem Gebiete der höheren und Mittelschulen ist der polnischen Minderheit ebenfalls das Recht gegeben worden, Privatschulen zu bilden.

Das bestehende polnische Gymnasium wird als solches anerkannt und die von ihm ausgestellten Zeugnisse sollen im Gebiet der Freien Stadt Danzig dieselbe Bedeutung haben, wie die Zeugnisse der übrigen Danziger Schulen.

Ein Entgegenkommen hat die Danziger Regierung auch auf dem Gebiete des Berufsschulwesens gezeigt. Hier sollen Klassen mit polnischer Unterrichtssprache gebildet werden, wenn die entsprechende Schülerzahl vorhanden sein sollte.

Von großer Bedeutung ist im übrigen die Bestimmung, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter der polnischen Behörden, insbesondere der polnischen Eisenbahnen, soweit sie die Danziger Staatsangehörigkeit besitzen, in der Wahl der Schulen, in die sie ihre Kinder schicken wollen, absolute Freiheit genießen sollen. Es soll keinerlei Einfluß in dieser Beziehung durch die Behörden und polnischen Dienststellen ausgeübt werden. Den Beamten, Angestellten und Arbeitern darf durch Ausübung dieser ihnen gewährten Freiheit keinerlei dienstliche Nachteile erwachsen. Danzig hat eine gleiche Verpflichtung übernommen gegenüber den Personen polnischer Abstammung und Muttersprache, die im Dienst Danziger Behörden stehen.

Ueber die Anerkennung polnischer Zeugnisse und Diplome und der Anwendung der polnischen Sprache in Dan-

Im Uebrigen bringt das Abkommen zum Ausdruck, daß die Sprachenverabredung keinesfalls zu einer zweisprachigen Verwaltung führen darf.

Trotz geltend gemachter Bedenken war der Senat hier entschlossen, weit über das Maß hinauszugehen, das Polen in der Behandlung seiner Minderheiten anwendet.

Der Senat geht hier von der Voraussetzung aus, daß der Schutz des eigenen kulturellen Lebens und des Volkstums der fundamentale Rechtsgrund der Beziehungen der Nationen sein muß.

Keine Gefahr für den deutschen Charakter Danzigs

Wir sehen die Gefahr wohl, die in einer Durchsetzung der deutschen Volksgemeinschaft durch eine stark privilegierte polnische Minderheit liegen könnte. Wir glauben jedoch, diese Gefahren, die in einer allmählichen Unterwanderung und Auflösung des deutschen Gefüges durch anderssprachige Gruppen liegen, auf uns nehmen zu können. Dazu bestimmen uns sowohl grundsätzliche als auch praktische Erwägungen. In Konsequenz des von dem Führer unserer nationalsozialistischen Bewegung Adolf Hitler proklamierten Grundsatzes, der Achtung vor jedem Volkstum, liegt die Abgabe jeder Politik der Assimilierung fremden Volkstums. Eine solche Politik mündet notwendig in einem Schutz der Minderheiten. Wir folgen demnach unseren nationalsozialistischen Weltanschauung, wenn wir hier in dem Vertrage klar und eindeutig die Rechte der polnischen Minderheiten auf Schulunterricht und eigenen Sprachgebrauch, sogar unbeschadet ihres Staatsangehörigkeitsverhältnisses, wodurch wir uns vor allen Minderheitenationen auszeichnen, festlegen.

Ich möchte hier demnach mit allem Nachdruck betonen, daß die Regelung des Artikels 33 nicht im Sinne eines Ausbrennens von anderweitigen Zugewandlungen getroffen haben, sondern in der klaren und grundsätzlichen Erkenntnis, daß der Schutz jedes Volkstums und die Sicherstellung dieses Schutzes die Grundlage jeder Verständigung bedeuten.

Er ist geradezu die Voraussetzung der Befriedung des Ostgebietes. Wir wollen es für alle Zeiten ausgeschaltet wissen, daß durch die Nachmittels staatlicher Beeinflussung und wirtschaftlichen Druckes Volksteile sich gezwungen sehen, ihr angestammtes Volkstum aufzugeben. Wir sehen in solchem Grundsatze einen absoluten Fortschritt in den Beziehungen der Staaten zu einander, der geeignet ist, viel Unfrieden zu beseitigen, indem hier aus einem Gebiet, das bisher den Entscheidungen der Politik ausgeliefert war, ein solches positiver Rechts wird. Die Befriedung eines solchen Grundsatzes bewegt uns, derartig weit und — wie ich sagen darf — beispielgebend in der Zubilligung von Rechten an die polnische Minderheit zu gehen. Wir leben darin eine klare und unbewiesene Manifestation unseres aufrichtigen Willens an unserm Teil zu einer grundsätzlichen Befriedung des europäischen Ostens, wo die Minderheitenfrage eine so bedeutsame Rolle spielt, beizutragen, indem wir mit einem bisher gültigen Rechtsanspruch des Staates bewußt brechen.

Die Ausnutzung des Danziger Hafens

Der zweite Fragenkreis betrifft die Ausnutzung des Danziger Hafens. Das Arrangement erstreckt sich auf eine Frage, die für die Freie Stadt Danzig von lebenswichtiger Bedeutung ist.

Seit länger als drei Jahren ist das vom Senat anhängig gemachte Rechtsstreitverfahren Danzig-Gödingen im Gange.

Alle Instanzen des Völkerbundes haben sich mit ihm befaßt. War es ihnen möglich, die rechtlichen Fragen im Rahmen des Gesamtkomplexes einer Lösung zuzuführen, so stieß die Notwendigkeit, zu für den Danziger Hafen praktischen Lösungen zu gelangen, auf Schwierigkeiten, die auch durch das Sachverständigen-Gutachten vom September v. J. nicht behoben werden konnten.

Umso größere Beachtung kommt daher der Tatsache zu, daß das Arrangement das Streben zeigt, auf dem Wege des direkten Uebereinkommens zwischen der Freien Stadt und Polen unter Aussetzung des Rechtsstreitverfahrens vor den Instanzen des Völkerbundes die Frage nach der Zukunft des Danziger Hafens zu beantworten.

Die polnische Regierung wird ohne Verzug alle Maßnahmen treffen, um einen Rückgang des Verkehrs in der Einfuhr, in der Ausfuhr und in der Durchfuhr über den Danziger Hafen zu verhindern, wobei nicht nur die Verkehrsmenge, sondern auch die Warenart, Umschlags- und Umlaufzeit Berücksichtigung finden wird. Die polnische Regierung wird ferner, soweit dies in ihrer Macht liegt, in Zukunft dem Danziger Hafen eine gleiche Beteiligung an dem seewärtigen Ein-, Aus- und Durchfuhrverkehr wiederum unter Berücksichtigung der Menge und Art des Verkehrs sicherstellen.

Die Regierungen verpflichten sich, zu diesem Zwecke durch Zusammenkünfte in regelmäßigen Zeitabständen ständig in Fühlung zu bleiben. Es ist hier also zunächst ein Niveau des Verkehrs gesichert und darüber hinaus für die Zukunft eine praktisch gleiche Behandlung mit dem Hafen Gödingen.

Den Verpflichtungen der polnischen Regierung hin-

Ein Austausch von Schriftsätzen zwischen Danzig und Polen

Gelegentlich der Unterzeichnung des Abkommens betr. die Rechte der Polen in Danzig hat dann noch ein Austausch von Schriftsätzen zwischen Danzig und Polen stattgefunden, durch welchen drei weitere Meinungsverschiedenheiten zwischen Polen und Danzig beigelegt worden sind.

Es handelt sich zunächst um

die Frage der Ausstellung von Ratifikationsurkunden bei internationalen Verträgen.

Auf Grund des Pariser Vertrages, nach welchem Polen die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt

in dem Schriftwechsel ist dann die Frage der Ausstellung von Rassen durch die polnischen Behörden im Ausland

geregelt worden. Hier bestand eine Meinungsverschiedenheit insofern, als die polnischen Behörden im Ausland zwar, entsprechend eines Danzig-polnischen Abkommens Danziger Passformulare benutzen, auf diesen Formularen aber zu dem deutschen Text jeweils eine polnische Uebersetzung hineinschreiben. Danzig hat hiergegen Einspruch erhoben, da die Amtssprache in Danzig deutsch ist. Die polnische Regierung hat sich nunmehr bereit erklärt, Uebersetzungen in den Danziger Rassen nur dann anzubringen, wenn sie sich vorher mit Danzig darüber geeinigt hat. Lediglich die Bezeichnung der ausstellenden Stelle im Ausland darf in polnischer Sprache mit einem entsprechenden Stempel an Stelle der sonst vorgezeichneten Unterschrift der Danziger Landespassstelle angebracht werden.

Schließlich ist in dem Schriftwechsel auf Wunsch der polnischen Regierung noch

die Frage der Form der Bekanntgabe der Exequatur-erteilung an Konsuln in Danzig

geregelt worden. Danzig wird in Zukunft für diese Bekanntgabe eine Form anwenden, aus welcher die Tatsache klar ersichtlich ist, daß Exequatur durch die polnische Regierung erteilt wird. Dies entspricht der Regelung des Pariser Vertrages.

Die Frage des Warenverkehrs über die Danzig-polnische Grenze noch unerledigt

Ich komme zu dem 4. Fragenkreis, dem Warenverkehr über die Danzig-polnische Grenze. Eine Vereinigung der Beziehungen zwischen Danzig und Polen kann solange nicht als gelungen angesehen werden, als ein so fundamentales Gebiet, wie das des wirtschaftlichen Güterverkehrs auf dem Stande offenen Krieges verharrt. Ohne hier einer Entscheidung über etwaige Abänderung des Warschauer Abkommens vorzugreifen,

soll die verjüngte Lösung einen beschrifteten modus vivendi ergeben.

Die Schwierigkeiten sind hier scheinbar besonders groß, obwohl eine Regelung, wie sie Danzig vorschlägt, in keiner Weise einem Schutz der polnischen Erzeugung entgegensteht.

Die Verhandlungen haben hier noch kein Ergebnis erzielt. Sie werden weiter fortgesetzt.

Ein Appell an die Danziger Bevölkerung

Es erscheint wenig, was wir hier als das Ergebnis mühsamer Verhandlungen vorlegen. Wir können nicht erwarten, daß in einem so alten Problem, wie etwa dem der Ausnutzung des Danziger Hafens, das zum Ausdruck der einander entgegenstehenden Lebensinteressen geworden war, ein Vertrag allein die Lösung bringen kann.

Neben den Willen der Regierungen muß der Wille der Bevölkerung treten.

Nur den gemeinsamen Bemühungen der beiderseitigen Wirtschaftskreise kann es gelingen, zu einem dauernden Ausgleich zu kommen. Und damit möchte ich einen Appell an alle unsere Wirtschaftskreise richten:

Zeigen Sie noch einmal den humanitären Wagemut, aus einer verzweifelter Lage unserer Stadt heraus aufzubauen und wiederherzustellen.

Hier wird es die Aufgabe sein, durch Ankämpfung persönlicher Beziehungen die guten Absichten der Regierungen zu unterstützen. In diesem Sinne geschieht es auf unseren Vorschlag, daß Presse, Wirtschaftskreise und vor allem die Jugend, als der lebendigste Träger der Zukunft und eines Wiederaufbaus der Völker, in Danzig und Polen in Vertretung und lebendigen Meinungsaustrausch treten. Ich darf hier meinen besonderen Dank dem Vertreter der Republik Polen, Minister Papée, aussprechen, daß er in verständnisvoller Bereitwilligkeit alle Wege ebnete und es ermöglicht hat, daß neben einer Pressekommission am letzten Sonnabend einer Hitler-Jugendgruppe die Gelegenheit gegeben wurde, in einem Lager in den Karpaten in lebendige Berührung mit der jungen polnischen Generation zu treten. Wir würden uns freuen, wenn wir demnächst auch bei uns entsprechende politische Vertretungen in dem neuen Geist sachlicher Gemeinschaftsarbeit begrüßen können.

An Stelle großer Konferenzen, die die schweren wirtschaftlichen und politischen Fragen in ihrer Gesamtheit zu lösen unternehmen, treten mehr und mehr Ausgleicheversuche von Nachbarstaaten, die den praktischen Problemen erwachsen. An Stelle von Lösungen im großen und grundsätzlichen werden bescheidene Einzelösungen von Fall zu Fall oder zeitlich befristete Gesamtlösungen treten, die dem Wunsch praktischer Kooperation entstammen. Ihre Bedeutung wird nicht geringer sein als die beabsichtigten großen Lösungen. Wir glauben an den einigenden Zwang der Arbeit.

Für den Frieden der Völker

In diesem Sinne hoffen wir an unserem Teil dem Frieden der Völker mit unserem Vertragswerk zu dienen. Wir rechnen auf den gesunden Sinn unserer Bevölkerung, daß sie in dieser Politik des Friedens nicht eine Preisgabe von Rechten sieht, sondern eine Notwendigkeit für die eigene Sicherheit und den gemeinsamen Frieden aller Völker, den zu sichern gerade die Aufgabe einer nationalen Regierung ist, welche gegebenenfalls bereit ist, zu jedem Opfer aufzurufen.

Wir hoffen aber auch, daß unser Vertragspartner unsere Lage und den aus ihr stammenden Willen richtig würdigt.

Wir wollen keine wirtschaftlichen Augenblicksvorteile, wir wollen keinen Frieden um jeden

Preis. Wir suchen ein Prinzip des Rechts, das unsere gegenseitigen Beziehungen aus der Ebene politischer Streitigkeiten heraushebt zu einer Plattform rechtlicher Ordnungen.

Wir erblicken aus den Erfahrungen eines jahrhundertelangen nationalen Kampfes einen solchen Grundgedanken in der Fortentwicklung des Minderheitenrechts. Wir sind entschlossen, diesen Weg als Staat zu schreiten, unbeschadet dessen, ob man uns hier sofort nachfolgt. Wir sind bereit, die Konsequenz unserer Anschauung zu ziehen, daß in den Beziehungen der Völker und der Staaten zu ihren Minderheiten nicht mehr der Grundsatz der Assimilation zu gelten hat, sondern vielmehr der einer Differenzierung, einer Absonderung und Bewahrung jedes Eigenständigen. Hierin erblicken wir das Mittel zur Vereinigung der Atmosphäre. Wie die Grundzüge neuer Beziehungen der Völker innerstaatlich und zwischenstaatlich zueinander es zu dem Antrag Polens auf Grund des Artikels 33 geführt haben und von Danzig in dem paraphrasierten Vertrage voll zur

Geltung gekommen sind, so müssen sie auch in den Beziehungen Polens zu Danzig zu politischen und wirtschaftlichen Folgerungen führen. Sie müssen in dem klaren eindeutigen Bekenntnis gipfeln, daß an der Tatsache eines deutschen Danzig mit seiner staatlichen Selbständigkeit, seinen eigenen wirtschaftlichen und kulturellen Formen als einer unabänderlichen Tatsache zu rechnen ist und daß es nicht die Aufgabe einer Politik sein kann, diese Tatsache zu beseitigen, sondern ihr den nötigen Rahmen und Schutz zu geben.

Ein Beginn nicht ein Ende

Und so schließe ich mit einem etwas veränderten Worte des Führers unserer großen nationalsozialistischen Bewegung:

Danzig will nichts für sich, was es nicht auch bereit ist, voll zu geben.

Der Anfang der Gesamtvereinbarung, der in den Übereinkommen und Schriftwechseln vorgelegt

wird, wurde, wie ich glaube, in dem Geiste gegenseitiger Offenheit und Achtung durchgeführt. Ich hoffe, daß diese Arbeit nicht umsonst geleistet war, daß auch die Beratungen in Warschau dem Grundsatz der Gleichberechtigung des Danziger Hafens eine praktische Ausgestaltung geben, die uns die Zuvorkunft einer dauernden Regelung gewähren wird.

Ich hoffe, daß ein solcher erster Erfolg uns auch ermöglichen wird, die weiteren Fragen, insbesondere des gegenseitigen Warenverkehrs zu lösen, so daß Wahrheit wird, was ich als Ziel unserer Politik bei dem Besuch in Warschau hinstellte: eine Aera der Zusammenarbeit und des fruchtbarsten Zusammenlebens.

Zimmer noch war es, daß beide Völker, das deutsche wie das polnische, in Zeiten gegenseitiger Toleranz und der Zusammenarbeit gut führen, daß es Zeiten wirtschaftlicher und kultureller Blüte waren. Das ist auf der Seite unserer beider Bemühungen... wir hoffen, es ist ein Beginn, nicht ein Ende; ein

neuer Weg, aber kein Abweg; zum Wohle unserer Stadt, aber auch im Geiste einer Befriedung des europäischen Ostens.

*

Nach den Ausführungen Dr. Kaufmanns, denen am Schluß von nationalsozialistischer Seite starker Beifall erteilt wurde, teilte der Präsident des Volkstages v. Wund mit, daß nach einem Beschluß des Vorkomitees auf eine Aussprache verzichtet werde. Er brachte an Stelle dessen eine Entschließung des Volkstages zur Verlesung, deren Wortlaut wir auf der ersten Seite wiedergeben und die die Erklärung des Senats billigt. Mit den Stimmen sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, wurde diese Entschließung schließlich angenommen. Nach einer kurzen Dankesherabsetzung der Nationalsozialisten für Präsident Dr. Kaufmann wurde die Sitzung des Volkstages beendet.

Danziger
Landes-Zeitung

Handel – Wirtschaft – Verkehr

Mittwoch,
den 9. Aug. 1933

Der deutsche Getreideexport in scharfem Wettbewerb mit Frankreich und Polen

Die Roggenenernte vor dem Ende — Trotz mäßigen Inlandsangebotes Notwendigkeit zu Interventionen — Starke Preisschwankungen in Uebersee.

Etwa 90 Prozent der deutschen Roggen-ernte sind unter Dach und Fach. Damit ist die Haupterntezeit des deutschen Volkes in Sicherheit, und das günstige Wetter der letzten Tage läßt die berechnete Hoffnung zu, es werde auch gelingen, den noch auf den Feldern stehenden Rest rechtzeitig einzufahren. Stellenweise wurde auch bereits mit dem Schnitt des Weizens begonnen, ja, einige notleidende Saferträge konnten gleichfalls vom Erdboden abgetrennt werden. Soweit sich übersehen läßt, kann Deutschland mit dem Ertrage seiner Felder mengen- und qualitätsmäßig zufrieden sein. Die Hektolitergewichte des Roggens gehen jedenfalls wesentlich über die Giffen des Vorjahres hinaus. Eine einzige Frucht scheint durch die wiederholten Regenfälle des Sommers etwas gelitten zu haben, nämlich die Braugerste, die bekanntlich das empfindlichste Bodenerzeugnis der Landwirtschaft darstellt.

Was das Getreidegeschäft anlangt, so ist zunächst daran zu erinnern, daß das Preisniveau aller Cerealien stark unter dem Stande des Vorjahres liegt.

Beim Weizen beträgt die Spanne 40 RM, beim Roggen 17 RM und beim Hafer 15 RM. Trotz der billigen Preise greift der Konsum doch nur zögernd ein, spekulative Anschaffungen werden von Bäckern und Müllern selten getätigt, und der Mehlabfall ist für diese Jahreszeit ungewöhnlich schmerzhaft. Obwohl die Landwirte größte Verkaufsdisciplin üben und das Angebotsvolumen als mäßig bezeichnet werden kann, läßt sich die Stabilität der Preise doch nur durch neue Interventionen der Reichsstelle ermöglichen. Man darf aber die Tätigkeit dieser Behörde nicht mit den Interventionen ihrer Vorgängerin, der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft vergleichen; denn die D. G. H. war gezwungen, die aufgenommene Ware mit Verlusten abzugeben, während jetzt eine normale Abwicklung gewährleistet ist.

Ist schon der träge Abzug des Mahlgutes infolge des Mangels an Unternehmungslust seitens privater Kreise ein Hindernis, dem Getreidegeschäft eine stärkere Anregung zu geben, so kommt als erschwerendes Moment die Schwierigkeit hinzu, die der Export mit sich bringt.

In Weizen steht die deutsche Ausfuhr in Konkurrenz mit den Franzosen, beim Roggen, für den die nordischen Länder geeignete Absatzgebiete wären, mit den Polen, und als dritter Wettbewerber stellt sich zu den beiden ohngeannten Ländern die Tschechoslowakei für den Hafer. Der französische Weizen kostet augenblicklich 4 fl., der polnische Roggen 3 fl., Mais und Gerste sind auf etwa 3/4 fl. gesunken. Es gelingt wohl, täglich kleinere Quanten deutschen Weizens nach England zu handeln, aber von einer regulären Ausfuhr kann keine Rede sein, solange das mit Ausfuhrprämien arbeitende Frankreich jede deutsche Offerte unterbietet. Allzu lange dürfte dieser Zustand nicht anhalten, weil der Exportüberschuß Frankreichs nur etwa 200 000 T. beträgt. Außerdem muß den Engländern daran gelegen sein, ihr Mahlgut von einem Lieferanten zu beziehen, der, wie Deutschland, später als Käufer kanadischen Weizens wieder auftritt. Im übrigen ist das Auftreten französischer Schleuderverkäufe eine alljährliche Erscheinung, die sich aus dem zeitlichen Vorprung des Landes ergibt. In etwa einem Monat könnten die Verhältnisse schon wesentlich anders aussehen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß alsdann die Sowjetrepublik mit ihren Lieferungen (Exportüberschuß etwa 1 Million T. Weizen) und die Balkanländer (Exportüberschuß ca. 1,5 Millionen T. Weizen) zur Stelle sein dürften.

Das Preispendel der Chikagoer Getreidebörse zeigt nach den schwarzen Tagen im letzten Drittel des Juli einen sehr nervösen Gang.

Noch ist die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den USA nicht klar zu übersehen, insbesondere bildet das Rätselraten um die Auswirkung der preistreibenden Tendenzen an den amerikanischen Warenmärkten ein Moment der Geschäftslähmung. Die Verordnungen über die Droslung des Anbauareals scheinen einstweilen zurückgestellt zu sein, da Roosevelt offenbar erst den Erfolg der Besprechungen mit den europäischen Produzenten abwarten will. Nur über einen Punkt herrscht in der amerikanischen Getreidewirtschaft absolute Sicherheit: der diesjährige Weizenantrag der Union bleibt mit 480 Mill. Hk. weit hinter demjenigen der Vorjahre zurück; ja, man muß schon über ein Menschenalter zurückgehen, um einen gleich niedrigen wiederzufinden. Ein Gutes hat die Entwicklung insofern, als die USA gezwungen sind, zur Deckung ihres eigenen Bedarfs 150 Mill. Hk. früheren Beständen zu entnehmen. Um diese erleichtert sich der Vorratsdruck, so daß vielleicht von hier aus eine Gefundung der Weltgetreidemärkte eintreten kann. Ebenso wie die Union, wartet auch das benachbarte Kanada mit einem erheblichen Minderertrag auf. Dort bewegen sich

die Schätzungen auf etwa 250 Mill. Hk. Weizen, während im vorigen Jahre noch etwa 425 Mill. Hk. eingefahren werden konnten. Endlich darf auch nicht vergessen werden, daß aller Wahrscheinlichkeit nach Australien infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse weniger an den Weltmarkt abstoßen kann als sonst. All den genannten haufseignenden Faktoren steht allerdings die wichtige Tatsache gegenüber, daß in 1933, selbst ohne amerikanischen und mit verkleinertem kanadischem Export die bisherigen Zufuhrgelände mit den Erträgen ihrer eigenen Scholle auszukommen vermögen.

Die Lage am Danziger Holzmarkt stabilisiert.

Am Danziger Holzmarkt ist die Lage unverändert geblieben und gilt nach Ansicht der Fachkreise als stabilisiert; sie

Weitere Zunahme der polnischen Kohlenausfuhr im Juli

Gdingens Ausfuhr aber doppelt so groß als die Danzigs.

Die polnische Kohlenausfuhr hat auch im Juli wieder eine Zunahme aufzuweisen, so daß die Ausfuhr des Juli 1933 nur noch um 4000 T. kleiner ist als im Juli 1932, während sie hinter dem Juli 1931 allerdings um 434 000 T. zurückbleibt. Bemerkenswert ist vor allem

ein neuer bedeutender Aufschwung der Ausfuhr nach Schweden,

die genau so groß ist wie im Juli 1932 und eine weitere Zunahme der Ausfuhr nach Norwegen und Finnland, wogegen allerdings die Ausfuhr nach Dänemark nicht viel über halb so groß ist als im Vorjahre.

Die polnische Kohlenausfuhr verteilte sich im Juli wie folgt:

	Ausfuhrmenge in T.		
	Juli 1933	Juni 1933	Juli 1932
Insgesamt	833	685	837
davon nach:			
Schweden	225	165	225
Norwegen	79	74	65
Dänemark	66	57	111
Finnland	48	35	34
Frankreich	73	75	64
Stoffen	60	60	67
Oesterreich	86	80	130
Tschechoslowakei	30	10	29
Irland	29	22	—
Belgien	15	13	5
Algerien	21	15	10
Bunkerkohlen	33	27	26
Freistaat Danzig	29	19	30

Erhöhter Notenumlauf der Bank Polski.

Der Juli-Ultimo-Ausweis der Bank Polski trägt zwei charakteristische Merkmale: Einen erhöhten Notenumlauf und eine erhöhte Kreditfähigkeit. Die Kreditfähigkeit ist zum großen Teil auf die Kreditnachfrage der Landwirtschaft zurückzuführen, die in Zusammenhang mit der Erntearbeit zu bringen ist. Die Erhöhung der Kredite hatte demzufolge eine Vermehrung des Notenumlaufes mit sich gebracht. Die Summe der erteilten Kredite hat sich um 33 Millionen auf 789,3 Millionen erhöht. Davon weist das Wechselportefeuille eine Zunahme von 19,2 und die Lombardkredite von 14,3 Millionen Loty auf. Auf der Seite der Aktiva hat sich lediglich der Goldbestand um die geringe Zunahme von 57 000 Loty und der Devisenbestand um eine Zunahme von 0,8 Millionen Loty verändert. Der Notenumlauf weist jetzt eine Höhe von etwas mehr als einer Milliarde Loty auf. Die sofort fälligen Verpflichtungen der Bank Polski weisen einen Rückgang von 8 Millionen Loty auf. Dieser Rückgang wirkt sich vornehmlich im Girokonto aus.

Die Golddeckung des Notenumlaufes und der sofort fälligen Verpflichtungen beträgt 43,92 Prozent.

Letlands Außenhandel im ersten Halbjahr 1933.

Nach den Daten der staatlichen statistischen Verwaltung beträgt der Import Letlands im ersten Halbjahr 1933 gleich 294 787 Tonnen im Werte von 39,0 Millionen Lat und der Export 405 386 Tonnen im Werte von 35,2 Millionen Lat. Die Bilanz ist demnach mit 3,8 Millionen Lat passiv gegen-

zeichnet sich dadurch, daß augenblicklich die Abwicklung aller Kontrakte im Vordergrund steht. Die Nachfrage aus England hat trotz der Aufhebung der Handelsperre gegen Ausland keineswegs nachgelassen. Das Interesse für polnisches Holz ist in England nach wie vor reg, wenn es auch die Ausmaße der Vorwoche nicht erreichen konnte.

Im allgemeinen herrscht in Danzig die Ansicht vor, daß die dortigen Exportfirmen im Verlauf des Juli und August und teilweise auch in der ersten Hälfte des September ihre Kontrakte abwickeln können, die sie im Mai und Juni geschlossen haben. Es ist bekannt, daß viele Danziger Firmen mit der Verladung des gekauften Holzes in Bezug geraten sind. Die Tatsache, daß durch die verspäteten Lieferungen die englischen Importeure auf die Erfüllung der Verträge nicht verzichten, hat eine gewisse Beruhigung am Exportmarkt ausgelöst.

Einen ungünstigen Eindruck hat andererseits die Nachricht hinterlassen, daß die französischen Exporttreffe gegenwärtig ausgesprochene Zurückhaltung üben. Die in Danzig arbeitenden französischen Händler und Agenturen erklären die Zurückhaltung damit, daß man in Frankreich wegen weiterer größerer Abschlüsse auf das Zustandekommen des Handelsvertrages mit Ausland wartet, da man dann mit einer erheblichen Senkung der Holzeinfuhrzölle rechnen könne.

Im ganzen hat sich also die Ausfuhr des Juli gegenüber dem Juni um 148 000 T. erhöht.

Der Anteil der beiden Häfen Danzig und Gdingen ist um 74 000 T. größer als im Vorjahre, wobei Gdingen weitere Fortschritte gemacht hat.

Die Ausfuhr über die beiden Häfen betrug:

über Danzig	221	218	286
über Gdingen	436	365	404

Gdingens Ausfuhr war also zum ersten Male fast genau doppelt so groß als über Danzig, an manchen Tagen jedoch wurden in Gdingen drei bis viermal so viel Kohlen verladen als über Danzig. Im Monat Juli lag die Ausfuhr über Danzig daher nur um 3000 T. und in Gdingen um 71 000 T. Der Anteil der skandinavischen Länder im ganzen betrug im Juli mehr als die Hälfte, während er sonst nur etwa 48 Prozent erreichte. Der Anteil Danzigs an der polnischen Kohlenausfuhr stellte sich im Juli auf 3,48 Prozent gegen 2,7 Prozent im Juni.

* Tonnen als polnischer Ausfuhrartikel nach Amerika. Im Zusammenhang mit dem in Amerika bestehenden Bedarf für Eichentonnen ist bei den polnischen Handwerkerorganisationen der Gedanke entstanden, die Ausfuhr dieses Artikels nach Amerika in bedeutend größerem Maße als bisher zu betreiben. Der Plan einer solchen Exportaktion für Eichentonnen sah u. a. die massenhafte Produktion von Tonnen im Wilnaer Gebiet vor, wo sich hierzu erforderliche Rohmaterial von großen Mengen befindet. Den Kredit hierfür sollen amerikanische Exporteure besorgen.

über einer Aktivität der Bilanz von 9,4 Millionen Lat im ersten Halbjahr 1932.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Import im ersten Halbjahr um nur 0,2 Millionen Lat verringert, ist demgemäß ungefähr gleich geblieben, während der Export um 13,4 Millionen Lat zurückgegangen ist.

Beim Import steht Deutschland mit 11,5 an erster Stelle nach England und zwar für 14,1 Millionen Lat. An zweiter Stelle steht Deutschland mit 8,4 Millionen Lat. Der Transit ist von 319 052 Tonnen im ersten Halbjahr 1932 auf 172 298 Tonnen im ersten Halbjahr dieses Jahres zurückgegangen.

Berliner Produktenmarkt

Weizen, märk., prompt ab Station 174—176; September 189½; Oktober 191; Dezember 193½. Tendenz: stetig. Roggen, märk., prompt ab Station 140—142; September 156 bis 55½; Oktober 158½; Dezember 161. Tendenz: stetig. Gerste, ab Station, Braugerste 146—157, Futter- und Industrieernte 133—138. Tendenz stetig. Hafer, märk., prompt ab Station 134—140; September, Oktober, Dezember —, Tendenz: stetig. Weizenmehl, prompt, ruhig 22½—26¼; Roggenmehl, 70 Prozent, prompt 19 ¾—21¾; Weizenkleie 9—9,20; Viktoriaerbsen 24—29½; kleine Speiseerbsen 20 bis 22; Futtererbsen 13½—15; Pelufischen 15¼—16¼; Aderbohnen 14—15¼; Widen 14¼—16; Reinfischen 14¼—70 Erdnufstuden, Basis 50 Prozent ab Hamburg 14,80; Erdnufstudenmehl, Basis 50 Prozent ab Hamburg 15,40; Trockenichnigel 5,60—70; Extrahiertes Sojabohnenschrot 46 Prozent ab Hamburg 13½—60; Extrahiertes Sojabohnenschrot 46 Prozent ab Stettin 14,20; Kartoffelflocken 13,20—50. Tendenz: Raum stetig.

Danziger Getreidebörse.

Letzte amtliche Notierung vom 4. August 1933.

Weizen, alter, ohne Handel, Weizen neuer, z. Konsum, 128 Pfund, Berl. bis 10/8. 14,00, Weizen, prompte Berl. 13,25—13,40, Roggen, Export, 10,00, Roggen, Konsum, 10,20, Gerste neu prima, 10,50—11,00, Gerste mittel, 11,4 Pfund, bis 118 Pfund, 9,80—10,15, Gerste, geringe, 9,25—9,55, Wintergerste, 9,25—9,55, Hafer, alter, z. Konsum, 10,00—10,50, Viktoriaerbsen, 14,00—17,40, grüne Erbsen, 17,50—20,75, Rübsen, 25,00—27,50, Raps, 21,00—22,50, Kamm, schwer verkäuflich, Roggenkleie, 6,5, Weizenkleie, grobe, 6,50, Weizenflocken, 6,75 Gulden.

Alles Großhandelspreise für 100 Kilogramm frei Waggon Danzig.

Nicht amtlich. Vom 8. August 1933.

Weizen, 128 Pfund, neu, 13,60, Roggen, 10,00 bis 10,20, Braugerste, 10,50—10,75, Futtergerste, 9,80—10,00, Wintergerste, 9,40—9,50, Viktoriaerbsen, 15,25—17,25, Roggenkleie, 6,50, Weizenkleie, 6,75—7,00, Rübsen, 25,00—27,50, Raps, 20,75—22,00 G. per 100 Kg. frei Danzig.

Weizen neu notiert 31. 23,00 gleich G. 13,25, Roggen, Export 31. 16,25 gleich G. 9,40, Roggen Kons. 31. 17,25 gleich G. 10,00, Gerste leicht abgeschwächt.

Der Kurs für Reichsmark und Dollar

Der Kurs für Reichsmarknoten bei der Bank von Danzig ist heute 121,76 Gulden (Weib) und 122,00 Gulden (Brief).

Freiverkehr: Reichsmark-Noten: 121,00—122,00, Dollarnoten: 3,78—3,88.

Danziger Devisen

	8. 8.	7. 8.
Scheck Lond. Pfd. Sterl.	16,99½	17,03½
Auszahl. Lond. 1 Pfd. St.	57,52	57,63
„ Warschau 100 Zloty	3,8162	3,8238
„ Newyork 1 Dollar	122,53	122,77
„ Berlin 100 RM.	20,13	20,17
„ Paris 100 fr. Frank	20,13	20,13½
„ Helsingfors 100 fm.	—	—
„ Stockholm 100 Kr.	87,71	87,89
„ Kopenhagen 100 Kr.	76,17	76,32
„ Oslo 100 norw. Kr.	85,51	85,51
„ Amsterdam 100 hfl.	207,59	208,01
„ Zürich 100 Franken	99,35	99,55
„ Brüssel/Antwerpen	—	—
„ 100 Belg.	71,70	71,84
„ Wien 100 Schilling	15,23	15,23
„ Prag 100 Kr.	—	—

Noten:

Poln. Noten 100 Zloty	57,54	57,65	57,52	57,64
Dollar-Noten 1.	—	—	—	—
von 5—100 1 Dollar	—	—	—	—
Reichsmark (100 RM)	—	—	—	—

*) Nominelle Notierung.

Danziger Effekten.

In Danziger Gulden notiert

8. 8. 33 7. 8. 33

Festverzinsliche Wertpapiere:

a) ohne Zinsberechnung: 7% Danziger Stadtanleihe von 1925 — 3) — 3) 6½% Danziger Staats- (Tabakmonopol)-Anleihe von 1927 — 3) — 3) 5% Roggenrentenbriefe — 1) — 1)

b) mit Zinsberechnung: 6% (bish. 8%) Danziger Hypothek.-Bank Kommunal-Obligationen — 3) — 3) 6% (bish. 8%) Danziger Hypothek.-Bank-Pfandbrief Serie 1—9 — 3) — 3)

6% (bish. 8%) Danziger Hypothek.-Bank-Pfandbrief Serie 10—18 — G 64½ bz. G 6% (bish. 7%) Danziger Hypothek.-Bank-Pfandbrief Serie 19—26 — — —

6% (bish. 7%) Danziger Hypothek.-Bank-Pfandbrief Serie 27—34 — — — 6% (bish. 7%) Danziger Hypothek.-Bank-Pfandbrief Serie 35—42 — G — G

6% (bish. 6%) Danziger Hypothek.-Bank-Pfandbrief Serie 1 — — —

Aktien:

	Div. t. 1931	1932	8. 8. 33	7. 8. 33
Bank von Danzig	0%	0%	— 3) — 3)	— 3) — 3)
Danz. Priv.-Akt.-Bank	0%	0%	— G 3) — G 3)	— 3) — 3)
Danz. Hypothekenbank	0%	0%	— 3) — 3)	— 3) — 3)
Danziger Bank f. Handel und Gewerbe	0%	0%	— 3) — 3)	— 3) — 3)
Aktienzertifikat d. Danz. Tabak-Monopol AG.	12%	9%	— 3) — 3)	— 3) — 3)

Anmerkungen:

3) Kurs für 1 Zentner — 3) Kurs für 100 Gulden.

Bzüglich der 7 prozentigen Danziger Stadtanleihe 1925 und der 6½ prozentigen Danziger Tabakmonopolanleihe 1927 ist der Umrechnungsfuß mit 1 Pfund Sterling = 25 Gulden festgelegt.

Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :



ul. Krzemowa 1

62-002 Suchy Las

www.digital-center.pl

biuro@digital-center.pl

tel./fax (0-61) 665 82 72

tel./fax (0-61) 665 82 82

Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.

Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.

All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance and broadcasting of the whole or fragments prohibited.